

NACHRICHTEN

Eine Initiative möchte den stillgelegten Tempelhofer Flughafen in Berlin zu einem demokratischen Ort machen.

3

PROJEKTE

TauschRausch ist eine Kasseler Initiative, die sich zum Ziel gesetzt hat, Mode und Nachhaltigkeit gut miteinander zu vereinbaren.

4

GENOSSENSCHAFTEN

In Österreich wurde ein neuer Genossenschaftsverband gegründet: ruckwind.coop.

7

BIOTONNE

Eine SaatgutretterIn aus Kolumbien berichtet von ihrer Arbeit und bittet um Unterstützung.

13

KUNST & KULTUR

Eine neue Gedenkstätte für den Anarchisten Gustav Landauer wurde auf dem Münchner Waldfriedhof eingeweiht.

14

125 JAHRE DFG-VK



▲ 125 Jahre gegen Militarismus und Krieg - 125 Jahre DFG-VK

Foto: Findus

# Die Waffen nieder!

Deutschlands älteste Friedensorganisation wird am 9. November 125! Die Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner\*innen ist eine Vereinigung politischer Pazifist\*innen und Kriegsdienstverweiger\*innen. Sie hat Zeiten politischer Verfolgung und heftiger interner Auseinandersetzungen überlebt, heute zählt sie wieder fast 4.000 Mitglieder. Die berühmtesten DFG-Persönlichkeiten waren die Friedensaktivistin Bertha von Suttner und der Journalist Carl von Ossietzky. Auf ihrem Bundeskongress vom 10. bis 12. November in Berlin feiern die Pazifist\*innen jetzt ihr Jubiläum.

VON ARIANE DETTLOFF, REDAKTION KÖLN

»Friedlich Denken allein ändert nichts« – mit diesem Slogan wirbt die DFG-VK um Mitglieder. Danach handelte schon ihre Gründerin Bertha von Suttner. Sie vernetzte Pazifist\*innen in aller Welt und trat für kriegsverhindernde zivile Konfliktlösungsstrategien und -institutionen ein. 1905 wurde sie dafür mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Das war damals noch eine Ehre – bevor solche Bellizisten wie Menachem Begin, Henry Kissinger, Barack Obama und die EU mit diesem Preis bedacht wurden. Suttners Antikriegs-Roman »Die Waffen nieder!« erschien in 37 Sprachen und war weltweit ein Bestseller. Sein Titel liefert auch das Motto der diesjährigen Jubiläumsfeier: »Die Waffen nieder!«

»Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegursachen mitzuarbeiten« heißt es in der Grundsatzklärung der DFG-VK Mitglieder. Sie ist zugleich auch die der »War Resisters International« (WRI), der die DFG-VK angehört.

Die DFG-VK strebt die Abschaffung des Militärs in der Bundesrepublik Deutschland an und setzt sich darüber hinaus für die allgemeine und vollständige Abrüstung ein. Mit Aktionen, Veranstaltungen und Publikationen gegen Militarismus und Krieg macht sie mobil. Einige werden in diesem Schwerpunkt exemplarisch vorgestellt. Durchweg agieren die Mitglieder selbstorganisiert; finanziert werden Orts-

gruppen, Landesverbände und Dachverband ohne Staatsknete, allein durch Beiträge und Spenden.

Dass die Autor\*innen des Schwerpunkts überwiegend männlich sozialisiert sind, hat auch damit zu tun, dass die Mitgliedschaft des Vereins DFG-VK hauptsächlich dieser Gruppe angehört – rund 80 Prozent. Das liegt vor allem daran, dass Kriegsdienstverweigerer über lange Zeit die Kerngruppe bildeten. Mit der Aussetzung der Wehrpflicht ergaben sich Verschiebungen. Bei den jüngeren Mitgliedern nimmt der Frauenanteil merklich zu.

Die DFG-VK kooperiert in breiten Bündnissen mit anderen antimilitaristischen Gruppen, aber auch mit antirassistischen, Umwelt- und »Eine Welt« Initiativen. Auch dabei knüpft sie an

ihre historische Tradition an: Die Deutsche Friedensgesellschaft hatte sich bis zuletzt gegen den Sieg des Nationalsozialismus gestemmt, blieb aber mit ihrem Vorschlag einer Einheitsfront ohne Resonanz. 1933 wurde sie dann zerschlagen.

International agiert der Verein neben der Vernetzung mit anderen Friedensbewegungen, indem er zum Beispiel Kriegsdienstverweigerer in aller Welt unterstützt. Und er kann auf Geldmittel der 1993 gegründeten Bertha-von-Suttner-Stiftung zurückgreifen. Deren Ressourcen stehen aber auch anderen Gleichsinnigen zur Verfügung, insbesondere kleineren Gruppen und Institutionen, die wissenschaftliche Tätigkeit mit praktischer Arbeit in sozialen Bewegungen verbinden. Der Themenbogen in den letzten Jahren

geförderter Projekte reicht von »Krieg im Computerspiel« über »kommunale Außenpolitik«, »Gewaltfreie Alternativen«, »KDV in Russland«, »Antifa-Aktivitäten«, »Bundesrepublik ohne Armee«, »Zivile Konfliktbearbeitung«, »Atomwaffen abschaffen«, »Kriegsgegner in der Türkei« bis zu »Gewaltfrei Handeln« und »Friedenserziehung«. Dabei waren unterschiedliche Formate vertreten – Bücher und Broschüren, Ausstellungen, Fachtagungen oder elektronische Medien.

»Für eine Welt ohne Krieg!« – Contraste gratuliert der DFG-VK mit diesem Schwerpunkt zum Geburtstag und wünscht trotz vieler Hindernisse, die gerade jetzt wieder aufgetürmt werden (nicht nur von Trump und Kim Jong Un), gutes Gelingen.

## FRIEDENSNOBELPREIS 2017 EHRT AUCH AKTIVIST\*INNEN

# I CAN, you CAN, we CAN!

Auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt sind wir ein Stück vorwärts gekommen: Der Friedensnobelpreis wird in diesem Jahr mit Ican, der »International Campaign to Abolish Nuclear Weapons«, zur Abwechslung wieder einmal an seiner Würdige verliehen: Zu der ausgezeichneten Kampagne gehören 468 Gruppen und Organisationen in über hundert Ländern.

ARIANE DETTLOFF, REDAKTION KÖLN

Darunter sind als deutsche Mitglieder der Verein »Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs« (IPPNW), die Kampagne »Büchel

ist überall – atomwaffenfrei.jetzt!«, »Facing Finance«, das Forum Friedensethik (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden und natürlich Ican Deutschland. Deren Vorstandsmitglied Xanthe Hall forderte anlässlich der Nobelpreisverleihung die Bundesregierung auf, »Übungen für den Atomwaffeneinsatz einzustellen und endlich dem internationalen Atomwaffenverbot beizutreten.« Die Koalitionsverhandlungen sollten dafür genutzt werden. Zugleich übt die Nato in Büchel in der Eifel mit dem Manöver »Steadfast Noon« den Atomkrieg. Die Bundeswehr ist mit ihren dort stationierten Tornados dabei.

Zur selben Zeit wurde im Amtsgericht Cochem gegen acht Atomwaffengegner\*innen verhandelt. Sie waren im September 2016 im Rahmen der Kampagne »Büchel ist überall - atomwaffenfrei. jetzt!« auf die Start- und Landebahn des Atomwaffenstandorts vorgedrungen und hatten sie blockiert. Der Richter verhängte jetzt am 4. und 18. Oktober dafür jeweils dreißig Tagessätze. »Wir werden auch weiterhin mit vielen Menschen in Büchel ungehorsam aktiv sein - und damit immer wieder die Gerichte konfrontieren«, versicherte Katja Tempel, eine der Verurteilten. Und Ernst Ludwig Iskenius von der IPPNW, gleichfalls verur-

teilt, hatte in seinem Plädoyer erklärt: »Wenn wir zu diesem Unrecht schweigen oder es schweigend hinnehmen würden, würden wir uns an diesem Unrecht schuldig machen.« Die Anti-Atom-Aktivist\*innen werden Rechtsmittel gegen das Urteil einlegen und »damit noch mal deutlich machen, dass nicht ihre Aktion das Verbrechen ist, sondern die Existenz von Atomwaffen.«

Die deutsche Bundeskanzlerin hatte zwar zum Friedensnobelpreis gratuliert, paradoxerweise aber zugleich bekräftigt, an der »Nuklearen Abschreckung« festhalten zu wollen. Daher war auch die Bundesrepublik Deutschland dem

jüngst von 122 Staaten der Vereinten Nationen vereinbarten Atomwaffenverbotsvertrag nicht beigetreten. Diese Position wird immer schwerer durchzuhalten sein. Zwei Drittel der deutschen Bevölkerung sprechen sich für das Atomwaffenverbot aus. Insgesamt 15.000 Atomwaffen der neun Nuklearwaffen besitzenden Staaten bedrohen die Menschheit. Das will Ican nicht länger dulden: »Eine Welt ohne Atomwaffen kommt nicht von alleine. Wir zählen auf Dich!« appelliert die NGO auf ihrer Homepage und lädt zur Feier des Nobelpreises in Berlin ein mit dem Slogan: »I Can, you Can, we Can!«

# INHALTSANGABE

|  |                |  |                 |
|--|----------------|--|-----------------|
| <b>NACHRICHTEN</b>   | <b>SEITE 3</b> | <b>SCHWERPUNKT</b>   | <b>SEITE 9</b>  |
| KONFERENZ: FLUCHT UND MIGRATION<br>BERLIN: TEMPELHOFFER FELD |                | DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT  |                 |
| <b>PROJEKTE</b>  | <b>SEITE 4</b> |  | <b>SEITE 10</b> |
| NATURBAUHOFF RODDAHN<br>NETZWERK                             |                | AKTIONSBESPIEL BÜCHEL<br>GRAPHIC NOVEL   |                 |
| <b>PROJEKTE</b>  | <b>SEITE 5</b> |  | <b>SEITE 11</b> |
| ZIVILER UNGEHORSAM<br>TAUSCHRAUSCH KASSEL                    |                | AKTIONSFORMEN<br>INTERVIEW: GEGEN WAFFENHANDEL   |                 |
| <b>GENOSSENSCHAFTEN</b>                                      | <b>SEITE 6</b> |  | <b>SEITE 12</b> |
| RÜCKENWIND COOP<br>CHANCEN FÜR FRAUEN                        |                | PAZIFISMUS<br>FRIEDENSBEWEGUNGEN<br>KONGRESS DER PAZIFIST*INNEN  |                 |
| <b>GENOSSENSCHAFTEN</b>                                      | <b>SEITE 7</b> | <b>BIOTONNE</b>  | <b>SEITE 13</b> |
| ÖSTERREICH: NEUE GENOSSENSCHAFTEN                            |                | KLIMANEUTRAL WOHNEN<br>KOLUMBIEN: SAATGUTRETTERRINNEN  |                 |
| <b>ÜBER DEN TELLERRAND</b>                                   | <b>SEITE 8</b> | <b>KUNST&amp;KULTUR</b>  | <b>SEITE 14</b> |
| ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT<br>REPRESSIONS-UND RECHTSFÄLLE    |                | LANDAUER DENKMAL<br>DER POLITISCHE KRIMI   |                 |
|  |                | <b>REZENSIONEN</b>   | <b>SEITE 15</b> |
|  |                | WER IST BETRAUERBAR?<br>ROMAN ÜBER AUTONOME IN WESTBERLIN<br>PERSPEKTIVENWECHSEL<br>WOHLSTAND AUF KOSTEN ANDERER<br>SPRENGEL FÜR ALLE! |                 |
|  |                | <b>TERMINE</b>   | <b>SEITE 16</b> |
|  |                | KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM   |                 |

**Contraste** ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer 5 Wochen vor dem Erscheinungstermin. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsschlussverständnis ist nachzulesen unter: [www.contraste.org/redaktionsselbstverständnis.htm](http://www.contraste.org/redaktionsselbstverständnis.htm)

## contraste abonnieren!

**Schnupperabo** (läuft automatisch aus, keine Kündigung nötig): 3 Ausgaben **7,50 Euro** (bei Lieferung ins europäische Ausland **10 Euro**)

**Standard-Abo** (Print oder Pdf) **45 Euro** jährlich

**Kombi-Abo** (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich,

**Kollektiv-Abo** (5 Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

**Fördermitgliedschaft** jährlich mindestens **70 Euro**

**Fördermitgliedschaft** jährlich für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mindestens **160 Euro**

Eine **Fördermitgliedschaft** bedeutet Contraste finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

**Vereins-Satzung** unter: [www.contraste.org/fileadmin/user\\_upload/Contraste-Satzung.pdf](http://www.contraste.org/fileadmin/user_upload/Contraste-Satzung.pdf)

**online-Formulare:** [www.contraste.org/index.php?id=99](http://www.contraste.org/index.php?id=99)

Rückfragen bitte an: [abos@contraste.org](mailto:abos@contraste.org)

### AKTION 2017

## Hurra - Wir haben es geschafft!

Liebe Leser\*innen,

bei unserer Aktion 2017 tobte ein regelrechter Sonnensturm in unserem Contraste-Universum. In letzter Zeit kamen genau 2.051 Euro aufs Spendenkonto hinzu. Damit haben wir in diesem Jahr insgesamt 7.573 Euro an Spenden bekommen und sind somit 1.073 Euro über dem für die Contraste überlebensnotwendigen Soll von 6.500 Euro. Vielen herzlichen Dank allen für die großartige Unterstützung unseres alternativen Medienprojektes. So können wir in nächster Zeit mit Rückenwind wirken und mit dieser Anerkennung aus der Leser\*innenschaft schreibt es sich viel leichter über das Neue im Alten. Es erreichten uns auch wieder anerkennen-

de Bemerkungen: »Ihr schafft das.« | »Contraste macht die Risse im kapitalistischen System bekannt (vgl. John Holloway). Da bin ich gerne dabei« | »Danke für jahrzehntelanges Engagement jenseits der Geldlogik an alle, die dazu beigetragen haben.«

Wieder dabei [betterplace.org/p56276](http://betterplace.org/p56276). Mit 250 Euro finanzierten uns diesmal Politische Kommunen aus dem Kommuja-Netzwerk die Seite 9. Vielleicht tun sich auch Mitglieder anderer Netzwerke zusammen, um uns eine Seite zu finanzieren. Das wäre eine feine Sache.

Nun, was machen wir mit dem Spenden-»Überfluss«? 500 Euro fließen in die »Aktion 2018«, die im Dezember startet. Damit brauchen wir »nur« noch 6.000 Euro. Die andere Hälfte fließt

in einen von uns lange gewünschten Rücklagenpotopf, für unschöne Überraschungen gedacht. Nebenbei: Wir hoffen auch leise auf mehr Abos.

Erfreulich: Fünf neue Abos. Dem stehen allerdings fünf Abo-Kündigungen und zwei Beendigungen der Fördermitgliedschaft entgegen. Letztere bedeutet außer der jährlichen Förder-spende, die steuerlich absetzbar ist, keine weitere Verpflichtung. Der Bezug der Contraste ist dann inklusive. Unser offenes Contraste-Plenum findet statt vom 8.-10. Dezember in unserem Büro in Kassel. Liebe Leser\*innen, ihr seid eingeladen, mitzutagen.

Aus der **Contraste-Redaktion** grüßt  
**Heinz Weinhausen**

### BLICK VOM MAULWURFSHÜGEL



Zeichnung: Eva Sempere

## Mehr Zeit für Demokratie!

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Nach den Bundestagswahlen am 24. September war Deutschland geschockt: Die AfD hatte mehr als 12 Prozent der Stimmen erhalten und ist im Bundestag vertreten. Österreich ist ja in dieser unrühmlichen Disziplin dem »großen Bruder« weit voraus – bei den Nationalratswahlen am 15. Oktober erzielte die FPÖ mit über 26 Prozent ihr bisher zweites Ergebnis und sie wird wohl Teil der nächsten Bundesregierung sein. Zwar arbeiten sich SteuerzahlerInnen und Gerichte immer noch an den Folgen der blau-schwarzen Regierung von 2000 bis 2005 ab, das scheint die FPÖ-WählerInnen jedoch nicht zu beirren.

Allerorten wird von einem Rechtsruck gesprochen, dem die linken Parteien nichts entgegenzusetzen hätten. Zwar ist der politische Diskurs in Österreich tatsächlich in den letzten Jahren nach rechts gedriftet und heute ist sagbar, was noch vor zehn Jahren unmöglich gewesen wäre. Trotzdem zeigen Umfragen, dass keineswegs alle AfD- und FPÖ-WählerInnen stramm rechts sind, sondern dass sie mit ihrer Wahl vor allem ihr Unbehagen mit dem politischen System an sich ausdrücken wollen. Andreas Gross, Schweizer Politikwissenschaftler und Experte für direkte Demokratie stellt eine interessante Diagnose: »Dieses Wahlergebnis kann als Appell für die Erweiterung der Demokratie um direkt-demokratische Elemente verstanden werden.«

Für viele, gerade für Linke, klingt das eher nach gefährlicher Drohung. Sie befürchten, populistische PolitikerInnen könnten ihre Forderungen damit an den Parlamenten vorbei umsetzen, wenn der Zeitpunkt gerade günstig erscheint. Direkte Demokratie hat aber, so Gross, mit Top-Down Plebisziten nichts zu tun. Vielmehr geht es darum, dass BürgerInnen die Möglichkeit haben, eigene Vorschläge in die Politik einzubringen und auch

zur Abstimmung zu bringen. Dass Gesetzesvorschläge, die die Verfassung, Völkerrecht oder Menschenrechte verletzen, nicht zu Abstimmungen zugelassen werden dürfen, versteht sich von selbst. Die Frage nach dem Minarettverbot in der Schweiz etwa hätte aus seiner Sicht gar nicht abgestimmt werden dürfen, weil sie das Recht auf Religionsfreiheit einschränkt.

Im Gegensatz zu Deutschland, wo die Zeit für eine Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative nur wenige Wochen beträgt, sind es in der Schweiz 18 Monate. Geschwindigkeit sei keine Tugend in demokratischen Prozessen, meint Gross. Diese lange Periode habe mehrere Vorteile: Es braucht einen langen Atem, es ist also nicht möglich, anlassbezogen ein plötzlich aktuelles Thema schnell zur Abstimmung zu bringen. Und es ist viel Zeit für persönliche Gespräche, die für Gross das wichtigste Element direkter Demokratie sind. In 18 Monaten hat jeder Mensch, der dazu etwas sagen möchte, auch mindestens einmal persönlich die Gelegenheit dazu. Die Zeit reicht auch, um Gegenargumente abzuwägen und Wirkungen sowie mögliche unerwünschte Nebenwirkungen eines Gesetzesvorschlages auszuloten, vor allem aber, um die einfachen und schnellen Lösungen der Populisten zu entzaubern.

Bei dieser Form der Demokratie erleben Menschen, dass sie gefragt und auch gehört werden. Ein Gefühl, das ihnen heute offensichtlich nur die rechten Populisten vermitteln können. Wäre direkte Demokratie jedoch gelebte Praxis, hätten viele Menschen keinen Anlass mehr, populistische Parteien zu wählen. Wenn WählerInnen scheinbar »unvernünftig« entscheiden, ist also möglicherweise nicht weniger sondern mehr Demokratie notwendig, um zu besseren Ergebnissen zu kommen.

## Neue Adresse oder Bankverbindung?

Leider erreichen uns immer wieder Reklamationen von Leuten, die Contraste trotz Nachsendeauftrag nicht mehr erhalten. Der Postzeitungsvertrieb ist nicht Bestandteil des Nachsendeauftrags. Wir erfahren auch nicht, dass die Zeitung nicht zustellbar ist. Die Zustellerin entsorgt diese Monat für Monat, bis sich unsere Leser\*in mit einer neuen Anschrift meldet. Deshalb ist es wichtig, uns bei eurem Umzug sofort eure neue Anschrift mitzuteilen! Teilnehmer\*innen am Lastschriftverfahren bitten wir bei der Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht, damit die bei einer geplatzten Lastschrift anfallenden Bankgebühren vermieden werden können. Die beteiligten Banken belasten unser Konto jeweils mit Gebühren in Höhe von mindestens 5,50 Euro.

**Änderungen bitte an: [abos@contraste.org](mailto:abos@contraste.org)**

## Wir danken den Spender\*innen

|                           |          |
|---------------------------|----------|
| Hans Wieser, Klagenfurt   | 100,00   |
| H.H.                      | 5,00     |
| H.F.                      | 200,00   |
| S.F.                      | 5,00     |
| L.C+M.L.                  | 8,00     |
| Toni Stumpf               | 50,00    |
| Hubertus Cramer, Mannheim | 250,00   |
| M. U.+K.                  | 1.000,00 |
| S.H.                      | 5,00     |
| Gabriele Steffan+         |          |
| Armin Scholl, Münster     | 100,00   |
| K.A.                      | 40,00    |
| M.A.                      | 38,00    |
| betterplace.org, KommuJa  | 250,00   |

Spendenticker Aktion 2017: Die Aktion endet mit **7.573 Euro**

DEGROWTH KONFERENZ ANFANG OKTOBER IN LEIPZIG

MELDUNGEN

## Solidarity not Charity

Vom 6.-8. Oktober fand in Leipzig eine Konferenz zum Thema Flucht und Migration, selbstbestimmter Entwicklung und ökologischer Krise statt. In verschiedensten Workshops, Theaterstücken, Filmen, Ausstellungen und offenen Diskussionsformaten wurde sich gemeinsam mit den Zusammenhängen auseinandergesetzt. Menschen aus aller Welt trafen hier zusammen, so auch AktivistInnen aus Freiheitsbewegungen oder von der Bauernbewegung aus Südafrika.

CHRISTINA GRÜNER, KÖLN

Von Diskriminierung betroffene Personen, wie MigrantInnen und Geflüchtete beteiligten sich selbst an der Organisation der Konferenz. Mit ihnen zusammen gestalteten Organisationen wie Glocal, Konzeptwerk neue Ökonomie, degrowth, afrique-europe-interact und das NoStressTeam gemeinsam das Wochenende. Es sollte ein Raum geschaffen werden, indem Fragen gemeinsam kritisch diskutiert und danach in praktische Solidarität umgesetzt werden können.

### Freihandelsabkommen

Ein wichtiges Thema auf der die Degrowth-Konferenz waren die Freihandelsabkommen. Während der Verhandlungen zum Abkommen »Transatlantic Trade and Investment Partnership« (TTIP) und »Comprehensive Economic and Trade Agreement« (CETA) kam es zu massiven Protesten seitens der europäischen und us-amerikanischen Bevölkerung. Beide Abkommen sollten mehr Freihandel zum einen zwischen den USA und Europa und zum anderen zwischen Kanada und Europa ermöglichen. Worüber niemand spricht: die »Economic Partnership Agreements« (EPAs). Dies sind Freihandelsabkommen mit Ländern Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raums (AKP-Länder). Es handelt sich zumeist um ehemalige europäische Kolonien. EPA ersetzt das seit den 1970ern bestehende Lomé-Abkommen. Mit EPA wurden die beteiligten ostafrikanischen



▲ Solidarisch und selbstbestimmt. Flucht muss Menschenrecht sein.

Foto: Konzeptwerk neue Ökonomie

Länder gezwungen, auf Zölle zu verzichten. Deutschlandfunk zufolge wird das Abkommen in Kenia nur als »Erpressung« bezeichnet. Insbesondere Kleinbauern fürchten um ihre Existenz, da die subventionierten landwirtschaftlichen Produkte aus Europa so billig seien, dass die afrikanischen Kleinbauern preislich nicht mithalten können. Die Landwirtschaft ist ein wichtiger Sektor in Kenia. Die Folge ist noch mehr Abhängigkeit von europäischen Gütern und ein Verlust der Ernährungssouveränität. Wer von den AKP-Ländern kann, weigerte sich weiterhin das Abkommen zu unterzeichnen. Auch die neuesten Pläne des deutschen Entwicklungszusammenarbeitsministers der CSU Gerd Müller waren auf der Degrowth-Konferenz Thema: Ein einzelner Plan, der für 55 verschiedene Länder gelten soll. Entwickelt ohne Kommunikation mit auch nur einem afrikanischen Staat, oder der afrikanischen Bevölkerung. Kurz vor der Veröffentlichung wurde der Name von Marshallplan für Afrika zu Marshallplan mit Afrika geändert. Die Dreistigkeit Müllers löste große Entrüstung aus. Mit dem Namen »Marschallplan« will er wohl bei der deutschen Bevölkerung positive Gefühle wecken. Schließlich hat damals dieser Plan Deutschland wiederaufgebaut. Von afrikanischer Seite ist die Frage in den sozialen

Medien präsent: Hat Afrika nun auch einen Krieg verloren?

### Kann Degrowth eine Lösung sein?

Die ehemaligen Machtverhältnisse werden durch alte Verträge und in immer neuen Verträgen fortgeschrieben. Ein junger Mann aus Kamerun, dessen zweiter Vorname Wilfried ist, empört sich in seinem Vortrag: »Unsere Bildung ist fremd. Unsere Autoren sind fremd. Unsere Sprache ist fremd. Alles ist kolonialisiert.« Kamerun ist ehemalige deutsche, französische und englische Kolonie. So hat Frankreich als Bedingung zur Erklärung der Unabhängigkeit »seiner« Kolonien einen sogenannten »Pakt zur Fortsetzung der Kolonialisierung« unterzeichnen lassen, was neben einer wirtschaftlichen Bevorteilung beinhaltet, dass eine Amtssprache französisch sein muss. In Kamerun kommt noch englisch hinzu, eine afrikanische Sprache gibt es als Amtssprache nicht.

So wie dieser Junge nahmen noch viele Menschen mit Fluchterfahrung an der Konferenz teil. Die Absicht Europas war ein entsprechend großes Thema: Meterhohe Zäune. Unter Strom gestellt. Stacheldraht. Wachhunde. Aber nicht nur die eigenen Außengrenzen werden militarisieren, sondern afrikanische Staaten werden nun dafür bezahlt ihre Grenzen zu schließen. Flucht wird krimi-

nalisiert. Alles hübsch verpackt unter dem Namen Entwicklungshilfe.

Im Karthum-Prozess verhandelt Europa mit vermuteten Kriegsverbrechern, unter anderem im Sudan, Eritrea und Somalia. Hinter der vorgeblichen Bekämpfung von Fluchtursachen versteckt sich vor allem das Militarisieren von Grenzen.

Auf verschiedenste Weise wurde so auf der Konferenz darüber diskutiert, ob Degrowth eine Lösung sein könnte für die Zukunft. Eine Lösung für Fluchtursachen, Klimawandel und möglicherweise für ein erfüllteres Leben? Die Devise: Wir können nicht so weitermachen wie bisher. Wirtschaftswachstum kann nicht unendlich sein. Der Zusammenhang von Ökologie, Wirtschaft und Migration ist dabei zentral. Der Klimawandel wird erst die Staaten treffen, die zu diesem kaum beigetragen haben. Industriestaaten, wie Deutschland, werden mit ein paar Grad mehr oder weniger schon zurechtkommen.

Ich persönlich ziehe aus der Konferenz, dass Menschen in ihrem Kampf gegen Unterdrückung unterstützt werden müssen. Die eigene Verantwortung als EU-BürgerIn muss erkannt und dem entsprechend gehandelt werden. Wir brauchen politischen Umschwung und nicht nur Menschen die mit Geldspenden oder Abgabe von Secondhand-Klamotten ihr Gewissen bereinigen: Solidarity not Charity.

EHEMALIGES FLUGHAFENGEBÄUDE UMNUTZEN

## Abflug in die Zukunft

In Berlin will eine Initiative den stillgelegten Tempelhofer Flughafen zu einem demokratischen Ort machen, wo eine zukunftsfähige urbane Lebensweise entwickelt wird.

Annette Jensen, Berlin

Als der Tempelhofer Flughafen gebaut wurde, war das Gebäude mit 300.000 Quadratmetern das größte auf dem Planeten – heute steht ein großer Teil der Hallen und Hangars, Büros, Werkstätten, Küchen und Kantinen, Lagerräume und Garagen leer. Keine Metropole Europas hat so viel Frei- und Leerraum in zentraler Lage. Die Initiativgruppe Tempelhof sieht darin eine riesige Chance: Sie plädiert dafür, das mit autonomer Wasser- und Energieversorgung angelegte Gebäude in ein gemeinwohlorientiertes Reallabor für eine zukunftsfähige urbane Lebens- und Versorgungsweise zu verwandeln. Kompass für den Praxis-, Lern- und Forschungsort sollen die 17 UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung sein, die sogenannten Sustainable Development Goals (SDG). Zugleich soll das

in der Nazi-Zeit errichtete Gebäude transformiert werden zu einem Ort der Demokratie von unten: Berlin hat eine überaus vielfältige Bewohnerschaft und eine sehr engagierte Zivilgesellschaft, dazu zahlreiche internationale vernetzte Institutionen und Organisationen, die sich mit Zukunftsfragen beschäftigen. Sie alle sollen eingeladen werden, sich an der geplanten Bürgerstiftung zu beteiligen und das Tempelhofer Flughafengebäude mitzugestalten. Das Flugfeld ist seit einem Volksentscheid 2014 bereits Gemeingut und darf nicht bebaut werden.

Entstehen soll eine kleinteilige, ressourcenschonende und bedarfsorientierte Kreislaufwirtschaft, bei der vieles gemeinsam genutzt wird, während Ideen und Erfahrungen weltweit geteilt werden, so die Vision der generationsübergreifenden Gruppe. Gerade weil es so viel Platz gibt, kann vieles neben- und miteinander entstehen, sich vernetzen und in seinen Wechselwirkungen erforscht werden.

Die Initiative hat einen Bürgerplan erarbeitet und bemüht sich gerade

um erste Räume im Gebäude. Dafür zuständig ist die Tempelhof Projekt GmbH. Das Tochterunternehmen des Landes verwaltet die Liegenschaft, seit der Flugbetrieb vor neun Jahren eingestellt wurde. Offizielles Leitbild ist ein »Stadtquartier für Kunst, Kultur und Kreativwirtschaft.« Ab und zu findet hier ein Event statt, einige Räume sind vermietet, der größte Nutzer ist die Berliner Polizei. Bis zu ihrer Pleite fand hier die Modemesse Bread & Butter statt, was sich letztlich als Zuschussgeschäft für Berlin herausstellte. Auch die unwürdige Unterbringung von Flüchtlingen in einem Hangar wird bald der Vergangenheit angehören. Wer heute durch die zahlreichen Höfe des Gebäudes streift, trifft fast niemanden. Kein Wunder: Es gibt nirgendwo auch nur einen Kaffee. Mieter berichten von einem gnadenlos langsamen Internet, jedes Jahr kostet das Gebäude Berlin mehrere Millionen Euro an Heizkosten.

Die Initiative schlägt vor, die zahlreichen Innenhöfe thematisch zu gestalten. Projekte und Betriebe, die sich um Fragen der Ernährung,

Gesundheit, Demokratie und Friedensförderung, Geschlechter- und Generationengerechtigkeit, Stadtplanung und -versorgung oder Produktionsweisen kümmern, beziehen und bewirtschaften gemeinsam einen Themenhof. Parallel sollen neuartige Bildungseinrichtungen in das gesamte Gebäude integriert werden wie eine Bürger:innenhochschule und eine innovative UN-Universität, in der junge und alte Wissenschaftler:innen im engen Austausch mit der Praxis zusammenarbeiten. Auch Ateliers, Bühnen-, Ausstellungs- und Probenräume sind vorgesehen, die je nach Bedarf von Tanzenden, Theatergruppen, Chören, Bands, Aktionskünstler:innen und Orchestern, aber auch bildenden Künstler:innen oder transmedialen Projekten genutzt werden. Dringend benötigter günstiger Wohnraum könnte hier ebenfalls entstehen. Die rot-rot-grüne Landesregierung will das Gebäude partizipativ entwickeln, heißt es im Koalitionsvertrag; dazu passt das Konzept der Initiative bestens.

www.thf.vision

### IT in Gemeinschaften

Die Idee: eine Alternative zu den Telekommunikationskonzernen, die auf die Anforderungen von Gemeinschaften und ähnlichen Initiativen zugeschnitten ist. Für Wandel-IT und die Gründung der »Open Telecom« werden noch Mitstreiter\* und Unterstützer\* gesucht. Wir freuen uns, wenn sich Menschen melden, die uns bei der Umsetzung dieser Idee unterstützen wollen oder einfach nur neugierig sind!

Infos: [wechange.de/project/open-telecom/](http://wechange.de/project/open-telecom/)

### Rassismus in Leipzig

Überschattet wurde die Degrowth-Konferenz in Leipzig von rassistisch motivierter Polizeigewalt gegenüber zwei Referenten und zwei Teilnehmenden. Die Referenten, die aus Kamerun kommen und in Deutschland leben, waren während der Konferenz in der Wohnung einer Tagesmutter untergebracht. Die Polizei, offenbar von Nachbarn herbei gerufen, holten die Referenten aus dem Schlaf. Nachdem ein Referent die Tür geöffnet hatte, ging einer der Polizisten sofort gewaltsam auf ihn los, rief »Ausweis, Ausweis« und verdrehte ihm gleichzeitig schmerzhaft den Arm – und dies, obwohl beide Referenten ruhig reagierten. Einem der Referenten wurden sogar Handschellen angelegt. Erst nachdem die inzwischen herbei gerufenen Organisatoren der Konferenz mit den Polizisten sprachen, wurden die Referenten in Ruhe gelassen und die Polizei verließ den Ort.

Infos: [www.degrowth.info/de/?s=Rassismus+Konferenz](http://www.degrowth.info/de/?s=Rassismus+Konferenz)

### ANZEIGEN

**graswurzel revolution**

für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

**Schwerpunkt #422: Libertäre Buchseiten**

Probeheft kostenlos: [www.graswurzel.net](http://www.graswurzel.net)

**Genossenschaft gründen?**

[www.genossenschaftsgruendung.de](http://www.genossenschaftsgruendung.de)  
Telefon 040 - 23 51 97 90

Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

## Erfolgreich Bauen mit Lehm

Dass man auch umweltfreundlich und ressourcenschonend bauen kann, zeigt ein Hof in der Prignitz. In Roddahn, unweit von Neustadt (Dosse), gelegen, gibt dieser nicht nur mehreren Familien ein Zuhause, sondern beherbergt auch den »NaturBauhof«. Mit Naturbaustoffen und Expertise wird hier allen weitergeholfen, die ökologisch bauen wollen. Und das weit über die Region hinaus.

ALEXANDER WENZEL, IMWANDEL

Von der Stadt aufs Land. Diesen Traum erfüllen sich immer mehr Großstädter. Elisabeth Seyfferth und Andreas Wischner taten dies schon vor 25 Jahren. Nach dem Studium in Berlin ging es raus aufs Land: in das kleine Dörfchen Roddahn in der Prignitz. Dort ließen sich die beiden mit anderen Gleichgesinnten nieder und kauften einen Hof. Einen mehr als treffenden Namen gab sich die Gemeinschaft auch: »LandRausch«.

Nach Jahren des Sanierens, Bauens und Kindergroßziehens stellte sich jedoch irgendwann die Frage, wie und wovon man denn nun hier leben wolle. Warum nicht das, »was wir all die Jahre schon praktiziert hatten – ökologisches Bauen« zum Beruf machen, dachten sich Elisabeth Seyfferth und Andreas Wischner. Dass dabei Lehm eine zentrale Rolle einnehmen würde, lag auf der Hand. Bei Lehmbauprojekten, veranstaltet vom Energieseminar der Technischen Universität Berlin (TU), haben sich die beiden kennengelernt und mit Lehm wurde auch der eigene Hof ausgebaut. Doch nicht nur private Erfahrungen haben den Ausschlag gegeben, sich für Lehm-bau zu entscheiden. »Energetisch die sinnvollste Art zu bauen« ist es für Andreas Wischner. Hinzu kommen viele weitere Vorteile: einfache und preiswerte Bauweise, sehr umweltfreundlich, hervorragende bauphysikalische Eigenschaften, hohe Wärmespeicherfähigkeit. Deshalb bietet der NaturBauHof, nicht nur verschiedenste Lehmstoffe an, sondern bringt bei Seminaren sowohl Laien wie auch Fachleuten diesen idealen Baustoff näher.

Mit dem Lehm-bau angefangen, zeigte sich schnell, dass auch auf vielen anderen Feldern Bedarf besteht, »ökologisch« zu bauen. Wohin zum Beispiel mit den Abwäs-



▲ Andreas Wischner und Elisabeth Seyfferth haben erfolgreich auf den Naturbaustoff Lehm gesetzt

Foto: ImWandel

ern, wenn die wenigsten Häuser an eine zentrale Kläranlage angeschlossen sind. Ein Problem, mit dem man sich auf dem eigenen Hof ebenfalls konfrontiert sah. Also wurde eine Pflanzenkläranlage gebaut, welche das Abwasser so reinigt, dass es anschließend problemlos versickern kann. Ein Muster zeichnet sich ab: Neue Ideen wurden zunächst auf dem eigenen Hof getestet und erst anschließend weiterverbreitet. Das trug Früchte: Heute kommen Anfragen aus ganz Deutschland. Und zwar so viele, dass man mittlerweile Kooperationen mit Landschaftsgärtnern und Tiefbauern eingeht, welche die Anlagen selbstständig planen und bauen. Das Know-how dazu kommt jedoch weiterhin vom NaturBauHof. Von Pflanzenkläranlagen zu Komposttoiletten war es dann ein kleiner Schritt. Einst ein Nischenprodukt, »ist das inzwischen ein kontinuierlich wachsender Sektor«, fasst Elisabeth Seyfferth diese Entwicklung zusammen.

»Zentrum für ökologisches Bauen: Ursprünglich eine »Idee zum Über-

leben«, so Andreas Wischner, ist der NaturBauHof heute ein Betrieb, der sich vor Anfragen kaum retten kann. Im Vordergrund steht dabei eine ganzheitliche Beratung und Betreuung. Menschen, die ökologisch bauen wollen, wird »für ihr gesamtes Haus und für alle möglichen Schritte ein Konzept« erstellt. Und das am liebsten persönlich. Auf einen Online-Shop wird bewusst verzichtet. Seinen Grundsätzen treu geblieben zu sein, ist man stolz. Das gilt auch für die innere Struktur, »wo wir uns grundsätzlich auf Augenhöhe begegnen«, sowohl was Entscheidungen, als auch das Gehalt betrifft. Denn wertvollere oder weniger wertvolle Arbeit gibt es laut Andreas Wischner beim NaturBauHof nicht. Als Kollektiv ist man jedoch auf ausdrücklichen MitarbeiterInnen-Wunsch hin nicht organisiert.

Das »Wie« – wie man miteinander umgeht, bei der Arbeit, aber auch generell – spielt beim NaturBauHof eine große Rolle. Denn »wir können keine lebenswerte Umgebung schaf-

fen, wenn das menschliche Miteinander nicht stimmt«, sagt Elisabeth Seyfferth. Sich davon zu überzeugen, dass man diese Philosophie auch lebt, ist ein Leichtes. Denn weitete man den Blick, auf Hofgemeinschaft und Dorf, sieht man: eine wahrlich lebenswerte Umgebung. Nicht nur der NaturBauHof, auch die Gemeinschaft und Roddahn entwickelten sich in all den Jahren. Neben einem vielfältigen Kultur- und Freizeitangebot im Dorf gibt es seit 1997 auch die »Freie Schule Roddahn«, die sich großer Beliebtheit erfreut. Ein Redakteur sah sich deshalb schon 2009 veranlasst zu schreiben: »Die Prignitz im Norden von Brandenburg: Menschen ziehen weg, das Land entvölkert sich. Aber im Dorf Roddahn und Umgebung ist alles anders. Hier sind mittlerweile keine freien Häuser mehr zu haben.«

Für Elisabeth Seyfferth und Andreas Wischner geht es jetzt hauptsächlich darum, Zeit wiederzugewinnen. Natürlich ist man froh, dass der NaturBauHof so überaus positiv aufgenommen wurde. Doch viele andere Dinge

blieben auf der Strecke. Und sich von der Arbeit beherrschen zu lassen, war sicher nicht, was man im Blick hatte vor 25 Jahren.

Infos: <http://brandenburg.imwandel.net/contraste398-naturbauhof>

## Der Wandel hat schon begonnen... willst du ihn entdecken?

In der Region Berlin-Brandenburg passiert schon viel mehr als du denkst. Projekte, Betriebe, Initiativen treiben den Wandel in Richtung einer solidarischen, ökologischen Gesellschaft täglich voran - wir berichten auf unserer Webseite und nun auch in *Contraste* regelmäßig hier auf Seite 4 über diese positiven Beispiele.

<http://www.imwandel.net/>

### NETZWERK NEWS



Fördern - Vernetzen - Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V., als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds, ist mit seiner Idee seit nunmehr 37 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt: Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen Unterstützer\_innen und Spender\_innen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

[www.netzwerk-selbsthilfe.de](http://www.netzwerk-selbsthilfe.de)

## Jede Menge Einzeltäter

Das Ergebnis der Bundestagswahl ist die traurige Bestätigung dessen, was sich seit Jahren ankündigt. Bundesweit steigen rassistisch und antisemitisch motivierte Übergriffe. Und auch Berlin stellt dabei keine Ausnahme dar. 2016 sammelten alle zwölf Bezirke Vorfälle mit rassistischem, homophobem oder diskriminierendem Hintergrund im Berliner Register. Vor allem in Neukölln haben sich die Vorfälle 2016 verdoppelt. Dabei sind die rechten Strukturen in Neukölln nicht neu. Erinnert sei an die Brandanschläge auf die Einfamilienhäuser migrantischer Familien im Frühjahr 2008 sowie auf das Jugendzentrum »Anton Schmaus Haus« im Juni und November 2011. Rechte Gewalt in Neukölln kann also per se kein Einzelfall sein. Umso unverständlicher ist es, dass die zuständigen Ermittler\*innen den

Mord an Burak Bektaş in Neukölln 2012 nicht gezielt in Richtung eines rassistischen Mordanschlags untersuchen. Die Initiative zur Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş hat diese Perspektive auf die Tat überzeugend auf ihrer Internetseite zusammengefasst. Tatkonstellation, Tathergang, öffentliche Wirkung des Mordes, Tatzeitpunkt und Tatort weisen in eine Richtung, die eine rassistisch motivierte Gewalttat plausibel erscheinen lassen. Die Unbeirrbarkeit mit der von zuständiger Seite an der These von Einzeltätern festgehalten wird, entspricht einem Superlativ von »auf dem rechten Auge blind«.

»Die Möllner Rede im Exil« im November im HAU Berlin

Der rassistische Hintergrund des Brandanschlags 1992 in Mölln

auf das Wohnhaus der Familie Arslan bei dem drei Familienmitglieder starben, war von Anfang an offensichtlich. Dennoch geriet auch hier zunächst die Familie in den Fokus der Ermittlungen. Ein Schema, das in Fällen rassistischer Gewalt immer wieder zum Tragen kommt. Und auch das offizielle Gedenken an die Überfälle will scheinbar von einer kritischen Bestandsaufnahme zum gesellschaftlichen Rassismus nichts wissen. Seit 2009 bestimmte die Familie Arslan welche Redner\*in ihre kritischen Gedanken zum Gedenken mit der Möllner Rede äußern durfte. 2013 wurde der Familie Arslan die Mitwirkung an den offiziellen Gedenkfeiern verweigert und die Möllner Rede aus dem Programm gestrichen. Eine Unverfrorenheit der

die Betroffenen und der Freundeskreis Mölln mit der »Möllner Rede im Exil« begegnen. Jährlich hält eine kritische Redner\*in ihre Rede zum Gedenken in einer anderen Stadt. Am 19. November 2017 findet unter dem Titel »Wir werden immer wieder da sein. Reclaim & Remember – Möllner Rede im Exil. Zum Gedenken an die rassistischen Brandanschläge von Mölln 1992« im Theater Hebbel am Ufer (HAU) in Berlin und in Zusammenarbeit mit der Initiative zur Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş die Gedenkfeiern statt. Als Gastrednerin ist dieses Jahr die Holocaust-Überlebende Esther Bejarano geladen.

Petra Panther

Weitere Informationen: <http://burak.blogspot.de>

## KONGRESS FÜR ZIVILEN UNGEHORSAM

## Eine Batterie gefüllt mit purem Leben



▲ Robin Food versorgte die Kongressteilnehmer\*innen mit biologischem und vegetarischem Essen. Foto: Systemchange not Climate Change

In den meisten westlichen Staaten erleben wir gegenwärtig eine Zuspitzung autoritärer Politik. Mit welchen Mitteln können progressive Kräfte solchen Entwicklungen entgegenzutreten? Darüber wurde von 6. bis 8. Oktober im Rahmen eines Kongresses für zivilen Ungehorsam in Graz, organisiert von »System Change not Climate Change«, diskutiert.

SYSTEM CHANGE NOT CLIMATE CHANGE

In Österreich werden aktuell Sicherheitspakete geschnürt, die die Freiheit der Menschen massiv einschränken und in erster Linie zur

Verschärfung der Repression gegen die kritische Zivilgesellschaft genutzt werden dürften. Seit 1. Oktober gilt ein »Verhüllungsverbot«. Als Reaktion darauf wurde der »1. traditionelle Clownsmarsch« veranstaltet. Menschen gingen in Kostümen auf die Straße, um auf die Absurdität dieses Gesetzes hinzuweisen. Die Exekutive sprach umgehend drei Anzeigen wegen Verhüllung aus.

Vor diesem Hintergrund begeisterten am Eröffnungsabend Emily Laquer von der Interventionistischen Linken und Tazio Müller von Ende Gelände rund 150 Besucher\*innen.

Laquer betrachtet zivilen Ungehorsam als angemessene Antwort auf die aktuellen Entwicklungen. Ungehorsame Interventionen stellen eine gute Mischung aus Kollektivität und offensiver Regelüberschreitung dar. Wenn die Spielregeln ungerecht und diskriminierend seien, bräuchte es Menschen, die Gesetze übertreten, da der Status Quo schlimmer sei als eine mögliche Strafe.

Aktionen des massenhaften zivilen Ungehorsams erreichen gegenwärtig eine neue Breite, so etwa die erfolgreichen Blockaden von Braunkohleinfrastruktur durch tausende Menschen im Zuge von Ende Gelände. Das kollektive Erleben von Selbstermächtigung bei solchen Aktionen ist für Tazio Müller der Kick schlechthin. Seine euphorischen Gefühle im Zuge einer erfolgreichen Aktion vergleicht er mit dem Anfassen »einer Batterie, die mit purem Leben gefüllt ist«.

Der Ethiker und Theologe Kurt Remele, Professor an der Uni Graz, führte aus, wie Menschen, die zivilen Ungehorsam leisteten und dafür einst als Verbrecher\*innen gebrandmarkt wurden, heute als Nationalheld\*innen gefeiert werden. Als prominentestes Beispiel nannte er Martin Luther King. Als zivilen Ungehorsam bezeichnet Remele Widerstandshandlungen, die illegal, öffentlich, gewaltlos gegenüber Personen und basierend auf hochstehenden sittlichen Motiven getätigt werden. Wobei es einen großen Graubereich gäbe und der Ungehorsam sich je nach Handlungs-

feld anders gestalten könne. Ist es nun eine Form des zivilen Ungehorsams, wenn Menschen als Reaktion auf das Verhüllungsverbot ihr Gesicht verdecken oder Musliminnen sich weigern, ihren Niqab abzulegen?

Angesichts der Quasi-Abschaffung des Rechtes auf Asyl, die alle großen Parteien vorantreiben, waren Handlungsoptionen zur Verhinderung von Abschiebungen ein zentrales Thema des Kongresses. Besonders starke Eindrücke hinterließ das Beispiel des steirischen Kumberg, wo sich eine ganze Gemeinde vor die Polizei stellte, um die Deportation einer Familie zu verhindern. In London ketteten sich im Frühjahr besonders mutige Aktivist\*innen an ein Charterflugzeug und blockierten erfolgreich dessen Start. Nun sprechen sie gemeinsam mit vor der Deportation bewahrten Menschen bei öffentlichen Veranstaltungen, auch auf Einladung der Labour Party – allerdings werden sie 2018 wegen Verdachts auf terroristische Handlungen vor Gericht stehen.

Bei einem für Graz besonders wichtigen Podium ging es darum, wie das kapitalistische Großbauprojekt Murkraftwerk noch verhindert werden könnte. Es wurde darüber diskutiert, wann die nächsten Baumfällungen losgehen werden und welche Möglichkeiten des Widerstandes es noch gibt. Eine Blockade durch hunderte Menschen, die auch bereit sind, länger als bloß ein paar Stunden zu bleiben, wird von vielen für die aussichtsreichste Option gehalten.

Die rechte ÖVP-FPÖ-Regierung, die in Graz seit einem halben Jahr an der Macht ist, verschärft ihr Vorgehen gegen die kritische Zivilgesellschaft. Kleineren Stadtteilzentren wurden Förderungen gekürzt, kritischen Kunstvereinen damit gedroht. Politgruppen wurden aus städtischen Liegenschaften geworfen. Die autoritäre Wende hinterlässt ihre Spuren. Wie lange können die Menschen dem noch zuschauen? Wie lange hält das Verhüllungsverbot? Sollten wir alle als Clowns verkleidet oder Niqab tragend herumlaufen? Wie steht es um Atemschutzmasken, welche in Graz wohl bald nötig werden, wenn wichtige Feinstaubfilter wie die tausenden Bäume und Sträucher an der Mur geschlägert werden?

Ziviler Ungehorsam ist ein angemessenes, legitimes und notwendiges Mittel, um für eine lebenswerte Zukunft für Alle zu kämpfen. Darin waren sich die Kongressteilnehmer\*innen einig. Diese Message zu verbreiten und noch viel mehr Menschen zu unehorsamen Aktionen zu motivieren, gehört gegenwärtig zu den wichtigsten Aufgaben emanzipatorischer Bewegungen. Die nächste Möglichkeit, sich an der »Batterie des puren Lebens« aufzuladen und sich der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen entschlossen in den Weg zu stellen, gibt es von 3. bis 5.11. im Zuge einer großen Ende-Gelände-Aktion im Rheinland.

Links: [ungehorsam.org](http://ungehorsam.org), [systemchange-not-climatechange.at](http://systemchange-not-climatechange.at), [ende-gelaende.org](http://ende-gelaende.org)

## ALTERNATIVER KLAMOTTENKONSUM

## Kleidung geldfrei wertschätzen

Die Kleidungsmärkte boomen und es wird immer mehr gekauft. Mit dem Trend zu gehen, erscheint oft wichtiger als Nachhaltigkeitsfragen. Gleichzeitig veraltet unsere Kleidung immer schneller. Doch muss unser Bedürfnis nach Mode unter einem nachhaltigen Konsum leiden?

## Wer steckt hinter TauschRausch Kassel?

Wir sind eine wandelbare Gruppe von Menschen, die Lust haben, den nächsten TauschRausch zu organisieren. Dafür treffen wir uns je nach Bedarf alle paar Wochen um anstehende Aufgaben zu verteilen und Ideen auszutauschen. Dabei freuen wir uns immer über neue Mitwirkende und es bedarf keiner besonderen Qualifikation, bei der Organisation mitzuhelfen. Wir freuen uns über großes und kleines Engagement.

TauschRausch versteht sich als Initiative, die nachhaltiges Handeln fördert und fordert. Wir kritisieren den mittlerweile zur Norm gewordenen Massenkonsum sämtlicher Güter, der die globalen ökologischen und sozialen Missstände verschärft. Wir denken, dass wir viele Dinge, die wir heutzutage kaufen, gar nicht wirklich brauchen, sondern durch Werbung und auch gesellschaftlichen Druck dazu gebracht werden, immer mehr zu konsumieren.

Kontakt und Anmeldung zum Newsletter: <https://tausch-rausch.org>

ORGA-TEAM VON TAUSCHRAUSCH, KASSEL

TauschRausch ist eine Kasseler Initiative, die sich zum Ziel gesetzt hat, Mode und Nachhaltigkeit gut miteinander zu vereinbaren. Dass unser auf Konsum ausgerichtetes Modeideal die Umwelt schädigt und Ungerechtigkeit fördert, ist vielen von uns bereits bewusst. Trotzdem schränken wir unseren Konsum aus Gewohnheit und anderen alltäglichen Gründen oft nicht ein.

Um diese Gewohnheiten aufzubrechen, veranstaltet TauschRausch in Kassel regelmäßig Events zum alternativen Kleiderkonsum. Hierbei haben wir in erster Linie eine Plattform zum solidarischen Kleidertausch geschaffen, um eine niedrigschwellige Alternative zum Kleidungskonsum zu bieten. Ein weiteres Ziel ist es, die Tauschenden zu inspirieren, damit sie ihren eigenen Konsum reflektieren und die Nachhaltigkeit im Alltag bewahren.

## Do-It-Yourself

Zusätzlich zum Kleidertausch können die BesucherInnen im Do-it-yourself-Point kreativ werden oder sich im gemütlichen Café bei leckeren Snacks austauschen. Auch im Café wird auf konsumkritischen Umgang geachtet: Alle angebotenen Lebensmittel sind von lokalen Läden gespendet und teilweise vor einem vorschnellen Todesurteil durch die Mülltonne gerettet worden.

Die ursprüngliche Idee, einen Kleidertausch ins Leben zu rufen, kam von Leoni Schlender, einer Schülerin des Kasseler Oberstufengymnasiums Jacob Grimm Schule, die die Idee auch kurz darauf in die Reali-

tät umsetzte. Seitdem hat sich ein dynamisches TauschRausch-Organisationsteam gebildet, das mit seiner bunten Mischung aus SchülerInnen und StudentInnen bei regelmäßigen Treffen darum bemüht ist, das nächste Event in die Tat umzusetzen. Das Organisationsteam wird ständig unterstützt durch immer wieder neue freiwillige HelferInnen und freut sich über jeden Zuwachs. In den letzten vier Jahren haben zehn große TauschRausch-Events stattgefunden.

## Wie TauschRausch funktioniert

In Vorbereitung auf das Event misten alle Tauschenden ihre Kleiderschränke aus. Dann bringen alle Neuankömmlinge ihre aussortierten Kleidungsstücke mit. Diese werden am Eingang zentral eingesammelt, vorsortiert und qualitätskontrolliert. Hierbei ist der Kaufpreis oder die Marke nicht relevant. Auch spielen geschmackliche Präferenzen der Qualitätskontrolleure keine Rolle, da beim TauschRausch fast »jeder Deckel einen Topf findet«. Von hier aus werden die Klamotten der TeilnehmerInnen von vielen freiwilligen HelferInnen sortiert, kategorisiert und verteilt, während die TeilnehmerInnen sich ins TauschGetümmel stürzen können. Am Ende können die neuen Lieblingsstücke geldfrei (und damit auch frei von kapitalistischer Logik) mit nach Hause genommen werden.

## Spende an wohltätige Organisationen

Wenn ein Teil der Kleidungsstücke noch keinen neuen liebenden Besitzer



▲ Das TauschRausch-Organisationsteam hat in Kassel eine Plattform für solidarischen Kleidertausch geschaffen. Foto: TauschRausch Kassel

## ANZEIGE

**OXI**  
WIRTSCHAFT  
ANDERS DENKEN



[oxiblog.de](http://oxiblog.de)

oder Besitzerin gefunden hat, werden sie von TauschRausch im Anschluss an wohltätige Organisationen im Umkreis weitergegeben. Durch dieses Konzept unterscheidet sich TauschRausch von herkömmlichen Flohmärkten und Kleidertauschbörsen – das bewusste Vermeiden direkter Geber-Nehmer Beziehungen ist charakteristisch.

Was jedoch auch bei diesem Konzept des Schenkens und Beschenkt-Werdens wichtig bleiben soll, ist der Wert der Kleidung, welcher nicht am Preis festzumachen ist. Wir wollen einen Kreislauf und ein Verständnis schaffen, in dem und durch das man auch mit wenig Mitteln schöne Kleidung bekommen kann, der aber nicht zu mehr sondern zu anderem Konsumverhalten führen soll. So soll die Kleidung, die schon vorhanden ist, nicht unter all der neu Produzierten in Vergessenheit geraten.

# GENOSSENSCHAFTEN

EIN NEUER GENOSSENSCHAFTSVERBAND FÜR ÖSTERREICH

## Rückenwind Coop

Die Rechtsform der Genossenschaft hat in Österreich viele Jahre eine marginale Rolle gespielt. Die Gründung des Genossenschaftsverbandes rückenwind.coop weckt neues Interesse. Karl Staudinger, der eine der treibenden Kräfte bei der Gründung war, sprach mit Contraste.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Was war der Anlass, einen neuen Genossenschaftsverband zu gründen?

Einige Leute bei GEA/Waldviertler – allen voran Heini Staudinger – pflegten schon seit mehreren Jahren Kontakt zu SEKEM in Ägypten, Mondragón im Baskenland und der TAZ in Berlin. Aus verschiedenen Gründen, nicht zuletzt wegen des Konflikts zwischen GEA/Waldviertler und der Finanzmarktaufsicht, wurde die Gründung einer Genossenschaft angedacht. Genossenschaften in Österreich müssen jedoch einem Revisions(Prüfungs)verband angehören. Da entstand die Idee, nicht nur eine Genossenschaft, sondern auch einen Verband zu gründen. Zufällig hatte eine andere Gruppe etwa zur selben Zeit Überlegungen zur Gründung eines neuen Genossenschaftsverbandes angestellt und in Erfahrung gebracht, dass dafür drei Mitgliedsgenossenschaften notwendig sind. Nachdem diese beiden Initiativen zusammengestoßen waren, ging es zügig voran.

Was waren die rechtliche Voraussetzungen der Verbandsgründung?

Das Wirtschaftsministerium als zuständige Behörde musste prüfen, ob unser Verein nach seiner Satzung und aufgrund seiner personellen Zusammensetzung in der Lage sein würde, die gesetzlichen Aufgaben eines Revisionsverbandes zu erfüllen.

Ein Knackpunkt im Verfahren war eine Bestimmung in unserer Satzung, nach der wir bei der Revision unserer Mitgliedsgenossenschaften ausschließlich externe PrüferInnen – also keine angestellten RevisorInnen wie in den bestehenden Verbänden üblich – einsetzen wollten. Die Vereinigung österreichischer Revisionsverbände sah in dieser Festlegung einen Widerspruch zum Genossen-



▲ Die Teilnehmenden eines Genossenschaftsworkshops im Juli 2017 in Schrems in Niederösterreich

Foto: Rückenwind

schaftsrevisionsgesetz. Das konnten wir widerlegen.

Wie lief der Gründungsprozess, gab es Probleme oder Hindernisse?

Nachdem wir die Statuten für einen »Förderungs- und Prüfungsverein gemeinwohlorientierter Genossenschaften« erarbeitet hatten, wurde im Juli 2014 in Dorfgastein die konstituierende Generalversammlung abgehalten. Zu diesem Zeitpunkt hatten wir allerdings keine Genossenschaften sondern nur natürliche Personen als Mitglieder, wir waren mit dem Henne-Ei-Problem konfrontiert: Um einen aussichtsreichen Anerkennungsantrag zu formulieren, sollten wir auf genossenschaftliche Mitglieder verweisen können. Für Gründungsprojekte waren wir aber nicht interessiert, weil völlig unklar war, wann wir anerkannt werden würden – und vor unserer Anerkennung konnten wir

für eine Genossenschaft in Gründung nicht besonders nützlich sein. Ein neuer Impuls kam vom Pfingstsymposium »Gemeinsinnig Wirtschaften« in Schrems im Jahr 2015. Da wurde klar, dass ein relevanter Teil der politisch interessierten und engagierten Menschen in Österreich Interesse an einer Belebung der Genossenschaftsidee hatten, und bereits am 1. Juni 2015 konnten wir beim Wirtschaftsministerium den Antrag auf Anerkennung unseres Vereins als Revisionsverband einbringen.

Manche hatten uns heftigen Widerstand der bestehenden Verbände vorausgesagt. Tatsächlich gab es einige Hürden und auch Auffassungsunterschiede, aber das Gesprächsklima zum Vorsitzenden der Vereinigung der österreichischen Revisionsverbände war freundlich und kollegial. Gut gelungen ist uns meines Erachtens der konstruktive Umgang mit Einwänden. Außerdem haben wir auch von politischer Seite

positive Signale wahrgenommen.

Als uns am 15. Dezember 2016 der Briefträger den Bescheid zustellte, mit dem unser Verein als Revisionsverband anerkannt wurde, war das ein durchaus emotionaler Moment für mich und eine Bestätigung in der Überzeugung, dass der Raum unserer Möglichkeiten viel größer ist als oft angenommen und dass es schlicht und einfach drauf ankommt, diese Möglichkeiten zu nutzen.

Wie viele Genossenschaftsgründungen gab es seither?

Es gibt derzeit acht eingetragene Genossenschaften (darunter die drei auf Seite 7 vorgestellten und außerdem das lab10collective, über das in der Contraste Nr. 397 berichtet wurde). Zwei Genossenschaften sind dem Verband beigetreten, haben aber noch keinen Firmenbuchantrag eingebracht. Zwei weitere sind von ande-

ren Verbänden zu uns gewechselt, wobei wichtige Personen in beiden Genossenschaften von Beginn an zu den GründerInnen unseres Verbandes gehörten und nur vorübergehend einem anderen Verband beigetreten sind, weil sie schon früher starten wollten.

Was ist eure Rolle bei der Genossenschaftsgründung?

Wir informieren unsere Mitglieder über die Merkmale der Genossenschaft und die Unterschiede zu anderen Gesellschaftsformen, über die Kosten und über die verschiedenen Modelle, die Mitgliedschaft – besonders das Stimmrecht in der Generalversammlung – zu gestalten. Wir haben im internen Bereich unserer Website einen genossenschaftlichen »Werkzeugkoffer« eingerichtet, der alles enthält, was man bei der Gründung einer Genossenschaft wissen sollte, und auch Muster bereitstellt, etwa Satzungsmuster oder Muster für eine Planbilanz, die unserem Vorstand gemeinsam mit dem Wirtschaftsplan der Genossenschaft in Gründung vorzulegen ist. Außerdem bieten wir Einführungsworkshops an, die Teilnahmegebühr für diese Workshops wird für die Kosten der Gründungsberatung angerechnet.

Wie ist der Verband organisiert und finanziert?

Wir haben einen fünfköpfigen Vorstand, der seine Tätigkeit vollkommen ehrenamtlich und ohne Spesersatz ausübt. Das Büro des Verbandes ist in einem bestehenden Büro untergebracht, wofür keine Kosten in Rechnung gestellt werden. Die Beratungstätigkeit durch mich als Juristen und einen Betriebswirt und die Leitung der Revisionsabteilung werden anfallsbezogen über Werkverträge erbracht. Neben den Mitgliedsbeiträgen unserer Mitgliedsgenossenschaften kommt ein wesentlicher Teil unserer Finanzen von fördernden Vereinsmitgliedern. Durch diese kostensparende Struktur und die erwartete Steigerung der Mitgliedszahlen in den nächsten Jahren sollte unsere wirtschaftliche Existenz gut abgesichert sein.

Link: [rueckenwind.coop](http://rueckenwind.coop)

NEUE CHANCEN FÜR FRAUEN IM LÄNDLICHEN RAUM?

## Keine Entwicklung für uns ohne uns

Junge, zunehmend mehrfach qualifizierte Frauen in peripheren Regionen sehen oft nur die Möglichkeit, in regionale Zentren abzuwandern. Was macht den ländlichen Raum für Frauen so unwirtlich? Kann eine neue Genossenschaftsbewegung den Trend umkehren?

HEIDEMARIE REST-HINTERSEER, DORFGASTEIN

**These 1:** Die Repräsentation von Frauen in Führungspositionen, in politischen Gremien und Vertretungen wie Kammern und Gebietskörperschaften ist schlecht. Die Männer, die ihre Interessen vertreten sollten, vertreten nur ihre eigenen. Nach wie vor werden Männer für anspruchsvollere Positionen vorgezogen, weil sie die »Familienerhalter« seien. Für Frauen gilt oft noch die Meinung, dass sie bloß »dazu verdienen«.

**These 2:** In patriarchalisch-hierarchisch organisierten Gesellschaften wird die Bewahrung des Bestehen-

den belohnt. Abweichung, und das ist häufig Kreatives, Innovatives, wird mit Ausgrenzung geahndet. Es ist also riskant, als Frau im ländlichen Raum auf Veränderung zu drängen.

**These 3:** Frauen warten häufig auf das Angebot zur Beteiligung, zur Mitarbeit. Dieses Angebot kommt nicht, weil Männer sie als Konkurrenz wahrnehmen.

### Wem nützt der Wandel?

Die Lebenssituationen von Frauen im ländlichen Raum sind von vielfältigem Wandel betroffen: Umstrukturierungen in der Wirtschaft, in der Landwirtschaft und am Arbeitsmarkt, Änderungen der Geschlechterrollen, demografischer Wandel und Migrationsbewegungen. Ob sich dieser Wandel eher im Sinne einer zunehmenden Geschlechtergerechtigkeit auswirkt oder neue Benachteiligungen hervorbringt, hängt nicht zuletzt vom Handwerks-

zeug ab, über das Frauen verfügen können und auf welche Ressourcen sie Zugriff haben. Teilhabegerechtigkeit bedeutet, dass Menschen das Recht und die Pflicht zu aktiver und produktiver Teilhabe am Gesellschaftsleben haben und dass die Gesellschaft die Verpflichtung hat, dem/der Einzelnen diese Teilhabe zu ermöglichen. Das verweist auf die Fähigkeiten und Fertigkeiten, Ressourcen und Zugänge, die Frauen wie Männer in das Gemeinwesen einbringen können und sollen.

### Die (Rück) Eroberung der genossenschaftlichen Organisationsform

Erste Erfahrungen bei der Gründung einer Genossenschaft für Bürgerbeteiligungsanlagen im Bereich erneuerbare Energie in Salzburg waren niederschmetternd. Hinhaltetaktik, Unterstellungen statt Unterstützung bei der Errichtung der Statuten und am Ende eine Satzung, die ausschließ-

lich die männliche Form kannte (Obmann, Schriftführer und Kassier). Allein der Hinweis, dass Statuten heutzutage gegendert gehören, hat bei den Beratern des Raiffeisen Revisionsverbands massives Unbehagen ausgelöst. Erst das Eingreifen eines »gestandenen« Mannes führte letztendlich zur Gründung der AEE eGen (Agentur für erneuerbare Energie eGen). Ähnliche Erfahrungen mit der Anwendung von Herrschaftswissen haben in den letzten Jahren viele aktive BürgerInnen gemacht. Das hat viele Leute zu Widerstand inspiriert und zur Gründung des Förderungs- und Prüfungsvereins gemeinwohlorientierter Genossenschaften »Rückenwind« geführt.

Die Gleichstellung der Geschlechter als wichtige regionalpolitische und regionalökonomische Frage wurde schon von vielen Forscherinnen thematisiert. Jetzt geht es an die Umsetzung! Meine Erfahrungen als Regionssprecherin der Grünen im Parlament und als Vertreterin

der Fraueninitiativen im Begleitausschuss für die ländliche Entwicklung haben mich bestärkt, die Organisationsstruktur der Genossenschaft auch dafür zu nutzen. Während der Teilnahme am Lehrgang »GeldundLeben. Wirtschaftskompetenz entwickeln« der frauenakademie der ksoe (siehe *contraste* 397) wurden das Konzept und der Geschäftsplan für die Frauengenosenschaft FREDa entwickelt. Ihre Aufgaben sind Informationsarbeit über die Möglichkeiten, die das Programm Ländliche Entwicklung LE14-20 im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter bietet, die Erstellung von Konzepten und die Einreichung von Projekten durch die Genossinnenschaft.

Heidemarie Rest-Hinterseer ist Gründungsmitglied von Rückenwind, geschäftsführende Obfrau der Öko Strombörse Salzburg, Obfrau von KoKon Beratung und Bildung von Frauen im pinzgau und pongau und hat 2015/16 am Lehrgang »GeldundLeben« der frauenakademie der ksoe teilgenommen.

## NEUE GENOSSENSCHAFTEN IN ÖSTERREICH

## Eine Idee, deren Zeit (wieder) gekommen ist?

Mit der Gründung des Rückenwind-Genossenschaftsverbandes (siehe Seite 6) hat die Genossenschaftsidee einen Aufschwung erfahren. Zehn neue Genossenschaften sind im letzten Jahr entstanden, zwei wechselten zum neuen Genossenschaftsverband. Drei der neu gegründeten Genossenschaften werden im folgenden Beitrag vorgestellt.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Im Gespräch mit den GenossenschaftsgründerInnen zeigte sich – wenig überraschend –, dass für alle der Impuls zur Genossenschaftsgründung von Rückenwind ausgegangen war und es überall schon davor persönliche Beziehungen, zumindest zwischen Einzelpersonen, gegeben hatte. Eine weitere gemeinsame Erfahrung war, dass die Gründung einer Genossenschaft doch mehr Zeitaufwand erfordert als die Gründung eines Unternehmens in einer anderen Rechtsform. Als positiv wurde unter anderem von allen der geringere Kapitalbedarf angeführt. Es zeigte sich auch, dass die für Unternehmensgründungen relevanten Institutionen in Österreich, wie Wirtschaftskammer oder Firmenbuch, über keine Erfahrungen mit dieser Rechtsform verfügen und ihr daher mit Skepsis gegenüberstehen.

**Die GEAsoft eG**

Zwei Entwicklungsstränge führten zur Gründung der GEAsoft eG. Einerseits war da das Grazer Software-Unternehmen, das schon seit längerer Zeit individuell angepasste Software für die GEA Schuhfabrik lieferte und darüber nachdachte, diese Dienstleistung auch für andere Unternehmen zur Verfügung zu stellen. Durch die Gründung von Rückenwind, an der Heini Staudinger, Geschäftsführer der Schuhfabrik, maßgeblich beteiligt war, kam der Impuls, diese Rechtsform für das weitere Vorgehen zu wählen.

Die Idee hinter dem Unternehmen ist, leistbare und individuell anpassbare Software sowie die dazugehörige Beratung für kleine und mittlere Unternehmen auf regionaler Ebene anzubieten. Dadurch wird auch der mit der Genossenschaftsidee verbundene gesellschaftliche Mehrwert geschaffen. Die praktische Umsetzung erfolgt durch eine Online-Unternehmensplattform, auf der die Software in der Cloud verfügbar ist, von der Unternehmen, je nach Größe und Bedarf, einzelne Module in verschiedenem Umfang verwenden können. Das Angebot reicht von der Kunden-, Lager- und Auftragsverwaltung über Buchhaltung bis zur Registrierkasse. Die EDV-Lösungen können auf Basis einer monatlichen Miete genutzt werden.

Die im Juni 2017 gegründete Genossenschaft hat ihren juristischen Sitz in Schrems, der Heimat der Waldviertler Schuhfabrik. Die tägliche Arbeit wird in einer Grazer Zweigstelle erledigt. Die Genossenschaft hat derzeit vier Mitglieder, es wird jedoch an einer Ausweitung gearbeitet. Einerseits sollen KundInnen die Möglichkeit erhalten, Mitglieder zu werden, andererseits ist an eine Ausweitung der Vertriebsstruktur gedacht. Vertriebspartner in ganz Österreich sollen auf regionaler Ebene mit ihrem Wissen und ihrer Serviceleistung für kleine Betriebe zur Verfügung stehen. Der Nutzen der Partnerunternehmen besteht darin, dass sie einerseits die vorhandene Cloudlösung vertreiben und zusätzlich ihre Dienstleistungen verkaufen können.

Der Gründungsprozess wurde von Rückenwind begleitet, vom Revisions-



▲ Ein Großteil der Mitglieder der Usus eG auf dem Grundstück in der KriEAU.

Foto: Jiro

verband kam Unterstützung bei der Ausarbeitung der Satzung, des Businessplans und in rechtlichen Fragen. Laut Satzung sind lokale Wertschöpfung, soziale Verantwortung, faire Konditionen und ökologisches Handeln wichtiger als Gewinnmaximierung. Allerdings, so betont Vorstand Helmut Lindner, sei es trotzdem notwendig, Gewinne zu erzielen, damit die Beteiligten davon auch leben können. Eine Besonderheit ist die Festlegung, dass das Verhältnis zwischen niedrigstem und höchstem Einkommen nicht größer als 1:2 sein darf.

Die Gründung der Genossenschaft wirkt sich vor allem auf die Perspektive und Haltung aus, mit der an KundInnen und vor allem an mögliche KooperationspartnerInnen herantreten wird. Es gibt das konkrete Angebot der Beteiligung an der Genossenschaft auf Augenhöhe. Genossenschaftsanteile können ab 500 Euro erworben werden. Der Erwerb mehrerer Anteile erhöht dabei nicht die Anzahl der Stimmen in der Hauptversammlung, hier gilt das Prinzip ein Mitglied – egal ob Mensch oder Unternehmen – eine Stimme.

**Die HarvestMAP eG**

Die HarvestMAP ist eine Material-Austauschplattform für Baumaterialien. Sie erleichtert und fördert die Wiederverwertung, trägt zur Abfallvermeidung bei und leistet einen Beitrag zur Kreislaufwirtschaft. Das Angebot richtet sich an Gebäude-EigentümerInnen und DesignerInnen, ArchitektInnen und Kreative, denn die Verwendung von ReUse-Materialien muss bereits im Designprozess und in der Projektplanung bedacht werden. Auch das Bewusstsein für ReUse und geschlossene Materialkreisläufe im Bauwesen wird damit gestärkt.

Die fünf Gründungsmitglieder arbeiteten schon seit 2015 daran, die Wiederverwendung von Baumaterialien voranzutreiben. Sie orientieren sich dabei an einer ähnlichen holländischen Plattform. Auf Grund einer in

Aussicht gestellten Wirtschaftsförderung schritt man 2017 zur Unternehmensgründung, die innerhalb von sechs Monaten umgesetzt werden musste. Durch persönliche Kontakte zu Rückenwind erfolgte die Entscheidung für die Genossenschaft, obwohl diese weder in den Förderrichtlinien noch bei der Gründungsberatung der Wirtschaftskammer überhaupt angeführt war.

»Da die Gründung einer Genossenschaft relativ selten vorgenommen wird und zuständige Behörden nicht ausreichend informiert sind, hatten wir teilweise Wege doppelt zurückzulegen. Von Rückenwind erfuhren wir aber großartige Unterstützung und man vermittelte uns spürbar, dass man uns dabei haben wollte«, erzählt Andrea Kessler, Vorstandsmitglied von HarvestMAP. »Dadurch konnten wir es innerhalb der notwendigen Frist schaffen.« Derzeit haben alle Beteiligten noch einen »Brotjob« im Bereich Architektur und Design und das junge Unternehmen wird durch öffentliche Fördermittel unterstützt.

Die Genossenschaft war für die GründerInnen auch aus finanzieller Hinsicht interessant, weil sie geringere Mittel erfordert als etwa eine GmbH und flexiblere Strukturen bietet. Der gemeinsame Entscheidungsprozess sowie die Betonung, dass es nicht nur um Profit geht, sondern dass der gesellschaftliche Nutzen durch die Schließung von Materialkreisläufen im Zentrum steht, sprachen ebenfalls für diese Unternehmensform. Auch der Ein- oder Ausstieg einzelner Mitglieder ist so einfacher. Als weiteren Aspekt führt Kessler an, diese neue Entwicklung im Genossenschaftsbereich könnte helfen, den schlechten Ruf zu überwinden, den diese Unternehmensform in Österreich hat.

Die Unternehmensgründung und die Herausforderung, innerhalb der nächsten Jahre sich auch finanziell selbst tragen zu können, stellt hohe Ansprüche an die Gruppe. Sie glaube nicht, dass das mit einer anderen Rechtsform wesentlich anders gewe-

sen wäre, meint Kessler, aber den Genossenschaftsverband für auftauchende Fragen im Hintergrund zu haben, sei eine große Unterstützung. Außerdem gebe es immer wieder die Möglichkeit der Vernetzung und des Erfahrungsaustausches mit den anderen Genossenschaften von Rückenwind, zuletzt etwa beim Rückenwind Symposium zu Pfingsten. Im Moment arbeitet die Gruppe noch daran, die eigenen Arbeits- und Entscheidungsstrukturen zu gestalten. Bis da gute Lösungen gefunden sind, ist eine Vergrößerung nicht angedacht, aber danach durchaus denkbar.

**USUS eG**

Als die Wiener Leerstandsnutzungsagentur NEST 2016 ein 1 ha großes Grundstück mit mehreren Gebäuden zur Zwischennutzung auf dem Gelände der Stallungen der Trabrennbahn KriEAU in Wien angeboten bekam, war es notwendig, einen Betreiber für diese Immobilie zu finden. Das war die Geburtsstunde der USUS eG, deren bisher einziges Projekt CREAU – kurz für »creative Au« – ist. Kunst und Kulturevents werden in dem weitläufigen Gebiet organisiert, die Anlagen auch vermietet und eine Gastronomiebetrieb geführt.

Die Idee, die Rechtsform einer Genossenschaft zu wählen, wurde von einem Teammitglied forciert, stieß aber bei den anderen auf Zustimmung und Interesse. Sie erfordert weniger Startkapital als eine GmbH und bietet die Möglichkeit gleichberechtigt nebeneinander zu arbeiten. Außerdem können Personen und Unternehmen Mitglieder werden. Ein Ziel der Genossenschaft war auch, für die Mitglieder Arbeitsplätze zu schaffen. »Für mich ist die Genossenschaft ein Mittelweg zwischen Commitment und Freiheit«, meint Marlies Stohl, Obfrau der USUS eG.

Die Satzung wurde geschrieben und im April 2017 die Gründungsversammlung abgehalten. Dann folgte ein Rückschlag: Das Firmenbuchgericht lehnte die Satzung ab. Da der Betrieb

schon angelaufen war, tat schnelles Handeln not und man wählte eine pragmatische Lösung. Die Genossenschaft wurde mit abgespeckten Statuten gegründet, die vom Richter akzeptiert wurden. Die Pointe an der Sache: Die gleiche Satzung war bei einer Grazer Genossenschaft problemlos durchgegangen. Es scheint, dass es offenbar auch Glückssache ist, ob man an einen wohlgesinnten Richter gerät. Für viele Richter ist es vermutlich das erste Mal, dass sie mit einer Genossenschaft konfrontiert sind und ihre Unsicherheit kann sich dann eben in Ablehnung äußern.

Überhaupt erfordert der aktuelle Betrieb vollen Einsatz, sodass viele Entscheidungen vorerst aufgeschoben wurden. Es gibt natürlich Mitglieder- und Beratungsangebote von Rückenwind, aber Tagesentscheidungen werden derzeit individuell von den einzelnen Personen getroffen. Eine Methode für größere Gruppenentscheidungen zu entwickeln, dafür reichte bisher die Zeit nicht, das muss ebenso warten wie der Internetauftritt der Genossenschaft.

Von den zehn Gründungsmitgliedern sind acht im Vorstand. Eine große Stärke sei, so Stohl, dass in der Gruppe viele unterschiedliche Kompetenzen und damit auch Gewerbetätigkeiten vertreten sind, von Architektur, Eventmanagement, Handwerkern bis zu Finanzexperten. So sei es einfacher bis zum Ablauf der Nutzungszeit der Creau Ende September 2018 neue Projekte auf die Beine zu stellen. Bisher konnten fünf MitarbeiterInnen eingestellt werden, vier davon Gründungsmitglieder und eine Fachkraft für die Gastronomie. Zukünftig will man auch Menschen, die als Flüchtlinge nach Österreich gekommen sind und noch keinen Zugang zum Arbeitsmarkt haben, die Möglichkeit bieten, Mitglieder der Genossenschaft zu werden.

Links:  
geasoft.at  
harvestmap.isebuki.com  
creau.at

# ÜBER DEN TELLERRAND / RECHTSTICKER

AKTIONSGEMEINSCHAFT SOLIDARISCHE WELT

## Auf gleicher Augenhöhe

In diesem Jahr feiert die »Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt« (ASW) aus Berlin ihr 60-jähriges Bestehen. »Das Bekenntnis zur Solidarität ist (...) der rote Faden, der die verschiedenen Entwicklungsphasen der ASW zusammenhält«, heißt es in der vierteljährlich erscheinenden ASW-Zeitschrift »Solidarische Welt« vom Juni 2017. Aber erst 26 Jahre nach ihrer Gründung beschloss die Organisation, die Solidarität in den Namen aufzunehmen und sich von »Aktionsgemeinschaft für die Hungernenden« in ASW umzubenennen. Contraste stellt einige Projektphasen und Meilensteine aus der Geschichte der entwicklungs-politischen Organisation vor.

JÜRGEN WEBER, BERLIN

Während des Schreibens dieses Artikels wurde in Indien der Bau des Sardar Sarovar Staudamms (der höchste Staudamm Indiens und der zweitgrößte der Welt) am indischen Fluss Narmada offiziell als beendet erklärt, Mitte September wurde das »Entwicklungsprojekt« eingeweiht. Die indische Protestbewegung gegen den Damm schätzt die Anzahl der Familien, die durch die Flutung des Staudamms ihr Zuhause und ihren Lebensunterhalt verlieren werden, auf mehrere zehntausend. 200.000 Menschen sind seit der Grundsteinlegung vor 56 Jahren bereits zwangsumgesiedelt worden, Tausende aus niedriger gelegenen Ortschaften könnten demnächst Opfer der steigenden Wasserstände werden.

### »Wir weichen nicht - auch wenn wir sterben«

Drei Jahrzehnte lang hat eine internationale Bewegung gegen das Staudamm-Projekt gekämpft, darunter auch die ASW. Anfang der 1980er Jahre formierte sich der Widerstand in der »Bewegung zur Rettung der



▲ Die ASW war Anfang der 1990er wichtiges Bindeglied der Widerstandsbewegung gegen die Staudämme im Narmada-Tal.

Foto: ASW

Narmada« (NBA). Im Bundesstaat Maharashtra hatten sich »Freitod-Kommandos« gebildet, die mit den gefluteten Dörfern untergehen wollten. Die Bilder der Menschen, die tagelang im Wasser ausharrten, gingen damals um die Welt. Zahlreiche Aktionen haben 1993 dazu geführt, dass sich die Weltbank aus der Finanzierung des Projektes zurückzog, kurze Zeit danach folgten ihr das deutsche Entwicklungsministerium und weitere europäische Regierungen. Die ASW hatte eine Kampagnen-Stelle eingerichtet und sich einer Koordinationsachse Washington – Berlin – Tokio angeschlossen. Vom Büro der ASW in Berlin aus wurden wichtige Informationen des Widerstandes an europäische Unterstützergruppen weitergeleitet und publiziert. Der Bau des Staudamms an der Narmada konnte nicht gestoppt werden. Die NBA kämpft nun dafür, dass die betroffenen Menschen im Narmada-Tal eine Entschädigung erhalten und die Möglichkeit bekom-

men, sich einen neuen Lebensunterhalt aufzubauen, so wie es gesetzlich vorgeschrieben ist.«

### People-to-people Initiative

Solidarität wird in Entwicklungszusammenarbeit mit Blick auf die Partner\_innen »im Süden« zumeist als eine Beziehung »auf gleicher Augenhöhe« vorgestellt. Dabei bleibt der Widerspruch, dass in einer Förderorganisation dem Gedanken der Solidarität ein hierarchisches Geber-Nehmer-Verhältnis entgegensteht. Diesen Gegensatz suchte die ASW durch Demokratisierung der Projektarbeit zu überwinden. In Indien hat die ASW ihre Vorstellungen einer »enteuropäisierten« Kooperation mit »dem Süden« idealtypisch umgesetzt. »Die Idee war, es indischen Partnern zu überlassen, die wichtigen Themen zu identifizieren und Kontakte zu innovativen Organisationen vor Ort aufzubauen«, berichtet Bernd Scheel, ehemals zuständig für den

Projektbereich Indien der ASW. Es entstand schließlich das »Center for World-Solidarity« (CWS) als eigenständige indische Nichtregierungsorganisation. »Im Prinzip teilten wir den indischen Kollegen mit, wie viel Geld wir in Berlin hatten, und die gaben es dann im Rahmen der Projektkriterien aus.« Bis heute werden die Projekte in Indien von den Kolleg\_innen des CWS ausgewählt, und anschließend von den Spender\_innen der ASW gefördert. Für M.V. Sastri, Vorstand des CWS liegt die Bedeutung der Praxis der ASW darin, »(d)ass sie ihre Kooperationspartner vor Ort als kompetent betrachtet und als fähig, selbst Entscheidungen zu treffen«. Die »People-to-people« Initiative der ASW sei damals in Indien einzigartig gewesen.

### Alle Projekte sind Frauenprojekte ...

So lautete in den 1980er und 90er Jahren ein Kernsatz in der ASW. An

alle Projekte sollten die Kriterien für Frauenprojekte angelegt werden – der Kampf gegen patriarchale Strukturen und sexuelle Gewalt gegen Frauen war im globalen Norden wie im globalen Süden zu führen. »Wir Frauen (in der ASW, Anmerkung des Autors) hatten alle die Sehnsucht nach einer feministischen Perspektive«, betont Geli Harner, die zusammen mit ihren Kolleg\_innen die Diskussionen um die inhaltliche Ausrichtung des ASW-Frauenfonds und gegen die internen Machtstrukturen mit vorangetrieben hat. In einem internen ASW-Papier zur Frauenförderung aus dem Jahr 2014 heißt es: »Die ASW grenzt sich von einem verkürzten Verständnis von Empowerment ab, das ausschließlich darauf zielt, Frauen individuell zu stärken und sie als Kleinunternehmerinnen in globale Marktstrukturen zu integrieren. Empowerment bedeutet nicht nur, dass Frauen Zugang zu »Ressourcen« wie etwa Bildung, zum offiziellen Arbeitsmarkt, politischer Repräsentation oder zu Entscheidungsprozessen haben. Empowerment muss gleichzeitig einen Prozess darstellen, der Frauen dazu befähigt, sich selbst als befähigt und berechtigt wahrzunehmen, den Raum für Entscheidungen zu besetzen. Dieses Ziel lässt sich in der Regel nur durch gemeinschaftliches Vorgehen erreichen.«

Der solidarische Ansatz in der Projektförderung der ASW ging mit der Selbstbestimmung in der Organisation einher. 1980 wurde »der Chef« abgeschafft und basisdemokratische Strukturen eingeführt. Die »Mitarbeiter\_innenbesprechung« als Entscheidungsgremium der ASW und das Einheitsgehalt für alle im Team wurden allerdings im aktuellen Jahr aufgehoben.

Infos unter: [www.aswnet.de](http://www.aswnet.de)

## REPRESSIONS- UND RECHTSFÄLLE

### Richter setzt Sitzblockade mit SA-Kampf gleich

Einen Tiertransporter per Sitzblockade zu blockieren, sei »im Kern« das gleiche wie der SA-Terror der 1930er Jahre – das findet ein deutscher Richter. Aus dem Urteil gegen den Täter, der, wie im Urteil festgestellt, nichts anderes tat als mit seinem Körpergewicht Reibung auf der Fläche zu verursachen: »Strafverschärfend ist zu werten, dass der Angeklagte die Tat zu politischen Zwecken begangen hat und mit der Tat besonderes öffentliches Interesse erregen wollte. Denn der Angriff auf die Willensfreiheit Dritter im vermeintlichen Kleide der Freiheitsrechte zur Durchsetzung eigener politischer Ziele ist in einer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung besonders verwerflich. Insofern steht der Angeklagte nicht in der etwaigen philosophischen Tradition eines euphemistischen »zivilen Widerstands«, sondern in der Unrechtstradition politischer Straßenkämpfer wie der SA, deren Methoden er sich hier im Kern bedient hat.«

Ein Artikel zum Urteil mit weiteren Auszügen findet sich in der taz: <http://www.taz.de/15449773>, ein Bericht über den Prozess unter <https://de.indymedia.org/node/13585>.

### Open source Lizenz für Saatgut

»Open Source« verbindet mensch mit Linux, ubuntu, Mozilla, LibreOffice ... also Software, deren Quellcode offen zugänglich ist. Diese Compu-

terprodukte stehen der Allgemeinheit zur Verfügung, um weiterentwickelt, weitergegeben oder sogar kommerziell vertrieben zu werden. Auflage ist aber immer, dass jedem späteren Nutzer dieselben Rechte eingeräumt werden. Der Quellcode der neuen Software bleibt öffentlich, jede Weiterentwicklung bleibt der (Nutzer-)Gemeinschaft erhalten.

Kultursaat-Züchter folgen nun dem Beispiel mit der Devise »Sorten sind Kulturgut«. AGRECOL e.V. hat die Open Source-Idee in eine Lizenz auf Saatgut übertragen; das Saatgut neugezüchteter und entsprechend lizenzierter Sorten soll als gesichertes Gemeingut etabliert werden. Unter dieser Lizenz stehendes biologisches Material kann weder patentiert, noch unter Sortenschutz gestellt werden.

Lizenz CC-BY-SA-NC v.3, mehr Informationen unter <https://demystifikation.wordpress.com>.

### Schadensersatzklage zur Feldbefreiung Gatersleben (2008) endgültig abgewiesen

Vor neun Jahren machten sechs junge Menschen mit einer spektakulären Aktion auf die fahrlässige Freisetzung von gentechnisch verändertem Weizen in der Genbank Gatersleben aufmerksam. Anfang September ist die gegen sie erlassene Schadensersatzklage des Instituts für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) Gatersleben endgültig abgewie-

sen worden. Es war einer jener Freisetzungsversuche, bei dem man sich im nachhinein fragt, weshalb man, selbst wenn man den Einsatz gentechnischer Methoden befürwortet, derart ignorant und leichtsinnig agieren muss. Auf dem Gelände des IPK, wo seit über 100 Jahren gesammelte Weizensorten konserviert und zum Erhalt angebaut werden, fand 2008 eine Freisetzung von gentechnisch verändertem Weizen statt.

Es war diese Gefährdung, die mögliche, ja wahrscheinliche Kontamination von alten, für zukünftige Züchtungen aber notwendigen Sorten, die sechs junge Menschen dazu brachte, nachts mit Unkrauthacken den Gentechnik-Weizen-Versuch unschädlich zu machen.

Das gegen sie erhobene Strafverfahren wurde nach zahlreichen Verhandlungen letztendlich auf Staatskosten eingestellt. Parallel lief ein Schadensersatzverfahren, bei dem das IPK Gatersleben ursprünglich 240.000 Euro forderte, so viel würde es kosten, den Versuch zu wiederholen. Zur endgültigen Abweisung der Schadensersatzklage als offensichtlich unbegründet führte eine der Rechtsanwältinnen der Feldbefreier, Katrin Brockmann aus: »Im Lauf des Prozesses bestätigten sich nicht nur die vorher geltend gemachten Risiken für die Pflanzen der Genbank. Es wurde noch dazu deutlich, dass diese mit vielen Steuergeldern subventionierte

Freisetzung ein schlecht geplanter Versuch war, dessen Durchführung zu wünschen übrig ließ und dessen Auswertung schon im ersten Jahr nicht antragsgemäß erfolgte. Letztendlich konnte das IPK Gatersleben, trotz der ihnen in den ersten Jahren zunächst sehr gewogenen Richter, im Prozess nicht nachweisen, dass der Freisetzungsversuch durch die Feldzerstörung nicht auswertbar war.« Erfreut zeigt sich auch Feldbefreier Christian Pratz über den Urteilsspruch, macht aber gleichzeitig auf die Bedrohungen durch die Einführung neuer Techniken der Genmanipulation aufmerksam: »Dass diesem ökologischen Erfolg auch juristische Siege folgen, zeigt, dass die Agrogentechnikindustrie sich hier nicht durchsetzen konnte. Wenn sie nun versuchen, das Gentechnikgesetz durch den Einsatz neuer gentechnischer Verfahren zu umgehen, werden sie auch zukünftig den Widerstand der Zivilgesellschaft zu spüren bekommen.« (Quelle: Unabhängige Bauernstimme, Oktober 2017)

### Zahlenspiele und Propaganda

Es stand in der taz am 15.9.2017 ([www.tz.de/bayern/fast-50-prozent-mehr-vergewaltigungen-herrmanns-schock-zahlen-8678791.html](http://www.tz.de/bayern/fast-50-prozent-mehr-vergewaltigungen-herrmanns-schock-zahlen-8678791.html)): »In den ersten sechs Monaten des Jahres 2017 sind in Bayern fast 50 Prozent mehr Vergewaltigungen angezeigt worden als im Vorjahres-

zeitraum. Insgesamt tauchen in der Polizeistatistik 685 Fälle auf, ein Plus von 48 Prozent. Besonders auffällig: Die Zahl der Taten, die Zuwanderern zugeordnet wurden, stieg gar um 91 Prozent auf 126, sagte Innenminister Joachim Herrmann (CSU) am Dienstag im Kabinett. Damit lag der Gesamtanteil der Zuwanderer an allen sexuellen Vergehen bei 18 Prozent (2016: 14 Prozent).«

Das klingt schockierend und dürfte der AfD noch ein paar Wählerstimmen gebracht haben. Denn genau hingucken tun deren Anhänger\*innen selten. Das wäre hier aber ertragreich, würde es doch genau das Gegenteil des vermeintlichen Fazits ergeben. Gesetzt den Fall, die Zahlen stimmen, sind Zuwanderer für 60 der zusätzlichen Vergewaltigungen verantwortlich. Sie sind aber auch deutlich mehr geworden – eine Steigerungszahl bezogen auf die gewachsene Menschenmenge fehlt. Der Zuwachs übersteigt die Zahl 60 aber um weitere 221 Fälle, also denen ohne Hinweise auf Migrationshintergrund. Wenn das folglich Deutsche waren – was ist da los? Die Deutschen sind nicht zahlreicher geworden, aber gewalttätiger?

Selbstverständlich sind solche Zahlenspiele immer mit Vorsicht zu genießen, propagandagetriebene Auslegung zu widerlegen, bleibt aber wichtig – ebenso wie die Position zu bestärken ist, dass jede Vergewaltigung eine zu viel ist.

Jörg Bergstedt





ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN FRIEDENSGESELLSCHAFT

# Frieden ist machbar!



▲ Mit der Aktion für eine atomwaffenfreie Welt trugen Friedensaktivist\*innen der DFG vor der US-Botschaft in Berlin den Konflikt zwischen US-Präsident Donald Trump und dem nordkoreanischen Staatschef Kim Jong Un symbolisch aus und forderten: »Die Waffen nieder!«

Foto: Michael Schulze von Gläßer

Es ist kein Zufall, dass zwei Österreicher\*innen, Bertha von Suttner und Alfred Hermann Fried (beide spätere Friedensnobelpreisträger\*innen) die Initiative zur Gründung der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) am 9. November 1892 ergriffen. Im Deutschen Kaiserreich unter Wilhelm II. dominierten militärische Werte in Politik und Gesellschaft; die Herrschenden strebten nach der Weltmacht.

GUIDO GRÜNEWALD, BONN

Dem vorherrschenden Glaubenssatz – Krieg sei eine Naturnotwendigkeit im Kampf ums Dasein – setzten die Pazifisten Ende des 19. Jahrhunderts unerhörte Einsichten entgegen: Krieg ist Menschenwerk und kann abgeschafft werden. Krieg und Konflikt sind nicht identisch; Konflikte können ohne Gewaltanwendung auf rechtlicher Grundlage ausgetragen und gelöst werden. Pazifisten sind keine Fantasten, die von einem Paradies ohne Konflikte träumen: Sie streben vielmehr nach einer internationalen Rechtsordnung, in der Konflikte rechtsförmig geregelt werden.

Mittel zur Herbeiführung einer derartigen Rechtsordnung waren aus Sicht der Pazifisten Schiedsgerichte und ein internationaler Gerichtshof, Vermittlungsmissionen in aktuellen Konflikten, europäische Zusammenarbeit und eine internationale Staatenkonföderation. Völkerbund und UNO gehen auf pazifistische Ideen zurück. Der Historiker und langjährige DFG-Vorsitzende Ludwig Quidde – er hatte seine Karriere wegen einer Satire auf Wilhelm II. aufgeben müssen – betonte, der Pazifismus sei vor allem auch eine ethische Bewegung: Friede müsse gestiftet, das heißt gemacht werden.

Zunächst unpolitisch, mischten sich die Pazifisten ab 1905 in die Tagespolitik ein, prangerten Militarismus, Nationalismus und Kriegshetze an und verlangten gleichgewichtete Abrüstungsschritte. Sie verstanden sich als (die besseren) Patrioten, traten für Vaterlandsverteidigung im Angriffsfall ein und lehnten die Kriegsdienstverweigerung (KDV) ab. Mit ihren knapp 10.000 Mitgliedern blieb die finanziell stets klamme DFG vor 1914 politisch wie kulturell isoliert. Die linksliberalen Parteien waren schwach und zersplittert. Von der SPD trennte die Pazifisten der kulturelle Hintergrund und die vorherrschende marxistische Überzeugung, Frieden sei erst nach Überwindung des Kapitalismus möglich. Nationalisten und Militaristen diffamierten die Pazifisten als »Friedensschwärmer«, deren Ziel »der Niedermensch« sowie die »jüdische Weltherrschaft« seien.

## Pazifismus-Verbot

Im 1. Weltkrieg wurde der DFG folgerichtig jede pazifistische Tätigkeit verboten, obwohl sie lange Zeit die Verteidigung gegen einen wahrgenommenen russischen Angriff befürwortete. Die Militärs

strebten mit Unterstützung des völkischen und militaristischen »Alldeutschen Verbandes« und der Industrie einen Siegfrieden mit maßlosen Annexionen an. Der pazifistische Widerspruch gegen diese Bestrebungen sowie gegen die Verhetzung und Entmenschlichung der Gegner war ein Störfaktor. 1917/18 änderte die DFG wichtige Positionen: sie prangerte jetzt das Profitinteresse der Rüstungsindustrie an und forderte eine innenpolitische Demokratisierung als wichtige Voraussetzung für eine Friedenspolitik.

Nach dem Krieg kam es zu einer Annäherung an die SPD: circa 50 Prozent der Mitglieder der DFG (auf dem Höhepunkt 1926 waren es 30.000) waren sozialdemokratisch orientiert. Außerdem gab es Berührungen mit dem linksliberalen Flügel der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Die Pazifisten setzten sich für eine Verständigung mit Frankreich und Polen ein, für allgemeine Abrüstung (auch mental: »Abrüstung der Köpfe«) sowie für den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund und Stärkung desselben. Sie kämpften gegen die zunehmende Aufrüstung ab 1925 und bejahten jetzt das individuelle Recht auf KDV. Vor allem bekämpften sie die geheime Aufrüstung der Reichswehr. Die demokratiefeindliche Justiz überzog die Pazifisten – mit Billigung der Regierung – mit Landesverratsverfahren.

## NS-Verfolgung

Die herrschenden Eliten lehnten die Republik größtenteils ab und arbeiteten langfristig auf einen Revanchekrieg hin. Für sie waren die Pazifisten der verhasste Feind, zumal diese bereits 1924 mit der Parole »Das Hakenkreuz ist Deutschlands Untergang« vor Demokratiefeinden und Kriegstreibern warnten. Vor allem die »kämpferischen Pazifisten« des Westdeutschen Landesverbandes der DFG riefen die Deutschen zur geistig-moralischen Erneuerung auf; Voraussetzung dafür war für sie die Anerkennung der deutschen Kriegsschuld. Ihr Bemühen, den Nazis eine geschlossene pazifistische Kampforganisation entgegenzustellen, führte zur Abspaltung des gemäßigten Flügels und zu parteipolitischer Isolierung; Aufrufe an die Linksparteien zur Bildung einer einheitlichen Abwehrfront verhallten wirkungslos. In den Jahren der Diktatur verfolgten die Nazis die Pazifisten rigoros: sie erhielten Berufsverbot, wurden misshandelt, ins KZ eingeliefert, ausgebürgert; viele flohen ins Exil. Einzelne Pazifisten waren in Widerstandsgruppen aktiv.

## Kontra Wiederbewaffnung - für Verständigung

Wie die DDR war auch die Bundesrepublik Frontstaat im bald nach 1945 beginnenden Kalten Krieg. Ein rigoroser Antikommunismus wurde für lange Jahre Bestandteil westdeutscher Staatsdoktrin. Die Pazifisten – die Mitglieder-

zahlen schwankten zwischen 8.000 und 16.000 – lehnten Wiederbewaffnung und eine Wehrpflicht ab. Sie traten für Verständigung mit dem Osten und Verhandlungen ein. Die DFG machte in Gesprächen mit dem Friedensrat der DDR Vorschläge für eine friedliche Wiedervereinigung sowie später für eine Konföderation. 1964-67 veranstaltete sie Friedensschifffahrten auf dem Rhein, bei denen mit Gästen aus Ost und West über ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem diskutiert wurde.

## Interne Konflikte

1947 wurde die Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK) gegründet. Sie verband einen radikalen Pazifismus mit friedenspolitischen Aktivitäten. Die Organisationsstruktur war dezentral mit großer Autonomie der Ortsgruppen. Zentralistisch aufgestellt war dagegen der 1958 entstandene Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK). Er verstand sich zunächst als Interessenverband der KDVer, beteiligte sich aber dann an pazifistischen Aktionen gegen atmosphärische Atomtests und die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik. Die erste Sitzblockade einer Kaserne auf deutschem Boden wurde im März 1959 von der IdK organisiert. Mitglieder von IdK und VK riefen 1960 den ersten Ostermarsch ins Leben. Sie stellten vor Ort oft die organisatorische Infrastruktur zur Verfügung und protestieren frühzeitig gegen die Notstandsgesetze und den Vietnamkrieg. Neben guter Zusammenarbeit gab es jedoch auch immer wieder Konflikte. Der VK war lange Zeit strikt antikommunistisch ausgerichtet, unter anderem, weil er auf Einfluss in der SPD hoffte. In der IdK gab es dagegen unterschiedliche Haltungen zu Gesprächen und Zusammenarbeit mit kommunistisch beeinflussten Organisationen:

- 1) strikte Ablehnung
- 2) Zusammenarbeit ja, aber unter Benennung der Differenzen
- 3) Anti-Antikommunisten.

Sie scheuten aus Angst vor Beifall der falschen Seite vor Kritik an realsozialistischer Rüstung zurück. Ihr zunehmender Einfluss auf Bundesebene führte in der 1974 durch Fusion entstandenen Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) zu heftigen Diskussionen.

## Recht auf Kriegsdienstverweigerung

Ungeachtet vielfältiger Repressionen (Berufsverbotsverfahren, Hausdurchsuchungen, Verbot von Demos und Materialien) blieb Abrüstung eine Hauptforderung der DFG-VK: Teilnahme an bundesweiten Demos und Protest gegen Neutronenbombe in den 1970er Jahren; Brückenschlag zur Ökologiebewegung 1980 durch die erste gemeinsame Demo gegen Atomwaffen und AKWs; Neubelebung der Ostermärsche 1982. In

der großen Bewegung gegen die NATO-Raketentrüstung setzte die DFG-VK eigene Akzente: Kampagne zur Bildung atomwaffenfreier Kommunen, Menschenkette von Stuttgart nach Neu-Ulm im Oktober 1983. Mehrere grenzüberschreitende internationale Aktionen gipfelten 1987 im Olof-Palme-Friedensmarsch, bei dem in offiziellen DDR-Demos erstmals die unabhängige Friedensbewegung ihre Parolen mitführen konnte.

Den härtesten Kampf führten die Pazifisten um das Recht auf KDV. Es war auf ihre Initiative zurückzuführen, dass in mehreren (Bundes-) Ländern vor 1949 ein unbegrenztes Recht auf KDV anerkannt wurde. In der Bundesrepublik musste die Existenz des Grundrechts (Art. 4,3 GG) erst einmal bekannt gemacht werden; noch in den 1970er Jahren war die Kenntnis auf dem Land gering. Als die Antragszahlen ab 1968 stark anstiegen, versuchten Militärs wie Regierung mit allen Mitteln, das Grundrecht einzuschränken: Verschärfung des Anerkennungsverfahrens, Repression im Ersatzdienst. Hunderte KDVer waren bei der Bundeswehr arretiert, weil sie den Schießbefehl verweigerten; es kam zu Selbsttötungen und Flucht ins Ausland. In zahlreichen großen Kampagnen gelang es den Pazifisten weitgehend, die Substanz des KDV-Rechts zu verteidigen.

Wenn heute eine Bevölkerungsmehrheit Auslandseinsätze der Bundeswehr ablehnt, ist das auch auf die große Zahl der KDVer zurückzuführen, die nicht auf militärisches Denken konditioniert wurden. Wie vor 125 Jahren gilt auch heute: Frieden ist machbar, denn Krieg ist Menschenwerk und kann abgeschafft werden. Den Frieden herbeizuführen, bedarf es allerdings der Mitarbeit vieler.

**betterplace.org**

Diese Seite wurde mit 250 Euro von Gemeinschaften des KommuJa-Netzwerkes über betterplace.org finanziert.  
Vielen Dank.  
Mitmachen via [betterplace.org/p56276](https://betterplace.org/p56276)

## ANZEIGE

**SSM eBay-Shop**

DER SPIEGEL  
Wer rettet die SPD

[stores.ebay.de/ssmsale2012](https://stores.ebay.de/ssmsale2012)



AKTIONSBEISPIEL BÜCHEL

# 20 Protestwochen gegen 20 Atomwaffen



▲ v.l.n.r.: Konstantin Wecker, Bürgermeister für den Frieden: Albert Jung und Wolfgang Treis und Marion Küpker  
ließen Friedenstauben fliegen

Foto: Zara Brown

Vom 26. März bis zum 9. August 2017 (Nagasaki-Gedenktag) liefen wieder die Proteste der bundesweiten Kampagne »Büchel ist überall – atomwaffenfrei, jetzt!«. Organisiert wurden sie von der DFG-VK und etwa 50 Bündnispartnern. Sie richten sich gegen die auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel – im Rahmen der sogenannten nuklearen Teilhabe der NATO – stationierten zwanzig US-Atombomben. Gleich der März-Auftakt war ein großer Erfolg: Alle Bürgermeister\*innen der größeren Städte rund um Büchel wie Frankfurt, Mainz, Köln, Bonn, Koblenz etc. hatten sich mit der 20-wöchigen Aktionspräsenz solidarisiert und dieses in Grußbotschaften zum Ausdruck gebracht. Die Auftaktblockade der vier wichtigsten Zufahrtstore am darauffolgenden Morgen zum Dienstbeginn der Soldat\*innen behinderte den Alltagsbetrieb des Fliegerhorsts, wo deutsche Piloten mit ihren »Tornados« unentwegt den Atomkrieg üben. Die Blockade fand damit zeitgleich zum Beginn der internationalen Atomwaffenverbotsvertragsverhandlungen von Mitgliedern der Vereinten Nationen statt, die genau am 27. März – ohne eine/n VertreterIn aus Deutschland – begannen und erfolgreich am 7. Juli beendet wurden.

VON MARION KÜPKER, DFG-VK

Direkt im Anschluss an die Verbotsvertragsverhandlungen kam vom 12.-18. Juli eine elfköpfige US-Delegation nach Büchel. Darunter zwei Nonnen, Ardeth Platte und Carol Gilbert. Sie

haben beide an den Verbotsvertragsverhandlungen in New York teilgenommen. Für ihre Pflugschar-Aktionen in den USA haben sie jeweils 7,5 Jahre im Gefängnis verbracht. Sie hatten unter anderem Minuteman III Atomraketen-Silos mit Hämmern bearbeitet und ihr Blut darauf verteilt.

Das Camp in Büchel füllte sich mit holländischen Catholic Workers, belgischen und französischen AktivistInnen, dem Internationalen Jugendcamp der Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen, Aktiven der Gewaltfreien Aktion Atomwaffen abschaffen (GAAA) und anderen. Drei Go-In Aktionen, eine Voll-Blockade der wichtigsten Zufahrtstore, Mahnwachen und Vorträge auch zum Uranabbau einer Native American Diné Frau, Leona Morgan, bestimmten die Aktionswoche.

Am Samstag, den 15. Juli, spielten auf der internationalen Kundgebung Konstantin Wecker und viele regionale Musiker\*innen vor über 300 Menschen am Haupttor zum Fliegerhorst. Bewegende Momente entstanden, als unerwartet zwei »Bürgermeister für den Frieden« zweier naher Städte, der Verbandsbürgermeister Albert Jung aus Kaisersesch und der Oberbürgermeister Wolfgang Treis aus Mayen, mit dem Fliegenlassen weißer Tauben ihre Solidarität ausdrückten.

## Aktionen der Internationalen Woche

Der 16. Juli gilt bei den Native Americans als Internationaler Tag für »Aktionen gegen

die atomare Kette«: Am 16. Juli 1945 wurde die erste Atombombe »Trinity« in New Mexiko gezündet und am 16. Juli 1979 gab es den größten Unfall weltweit in der Uranmine »Church Rock« in New Mexiko, beides Gebiete der Diné. So hielten 60 Menschen an diesem Gedenktag eine Andacht, in der sie Brot miteinander teilten. Anschließend drangen über 30 Personen durch das Haupttor in den Luftwaffenstützpunkt Büchel ein. Während einige Aktive Brot mit den Soldaten teilen wollten, ließen zwei US-AktivistInnen – John LaForge und Susan Crane – die USA-Flagge in der Basis herunter und weitere Aktive legten Brot auf die drei Kampfflugzeuge im Eingangsbereich. Symbolisch sollten diese Flieger »Brot statt Bomben« an die Menschen verteilen. Die Nonnen forderten, den Kommodore der Basis sprechen zu können, um ihm den Atomwaffen-Verbotsvertrag überreichen zu können. Sie verlasen den Inhalt immer wieder laut gegenüber den Soldaten. Nachdem die Polizei anrückte und Personalien feststellte, wurden alle Teilnehmenden wieder entlassen.

Am 17. Juli, früh morgens zu Dienstbeginn, wurden drei der wichtigsten Zufahrtstore von Büchel blockiert. Die beiden Nonnen verlangten von der Polizei, den leitenden Verantwortlichen des Luftwaffen-Stützpunktes Büchel herzubitten, da sie ansonsten nicht freiwillig aufstehen würden. Tatsächlich kam erstmalig der Verantwortliche, Oberstleutnant Gregor Schlemmer, der auch das Atombomben-Jagdbomben-Geschwader 33 leitet, zu den Blockierer\*innen. Er nahm nach einem Gespräch den Verbotsvertrag entgegen, woraufhin die US-Delegation sich aus der Blockade entfernte. Die weiteren Blockierenden ließen sich beiseite tragen.

## Go-In

Zum ersten Mal in der 21-jährigen Geschichte der Proteste gegen die stationierten US-B61-Bomben sind AktivistInnen auf einen der großen Atombomben-Flugzeugshelter-Bunker gestiegen. Nachdem sie zwei Außenzäune sowie anschließend zwei weitere Zäune aufgeschnitten hatten, die um den großen, mit Erde bedeckten Bunker stehen. Die fünf Aktivist\*innen saßen über eine Stunde unentdeckt auf dem Bunker. Die Gruppe wurde erst bemerkt, als zwei von ihnen herunterkletterten, um »DISARM« (Abrüsten) auf die Metalltür des Bunkers zu ritzen. Dies löste einen Alarm aus. Umgeben von Fahrzeugen und Wachmännern, die sich mit Nachtsichtgeräten und Taschenlampen auf die Suche machten, haben sie die Wachmänner schließlich selbst auf sich aufmerksam gemacht, indem sie zu singen begannen.

Steve Baggarly, 52, aus Virginia; Susan Crane, 73, aus Kalifornien; John LaForge, 61, Bonnie Urfer, 65, beide aus Wisconsin und Gerd Büntzly, 67, aus Deutschland sagten in einer gemeinsamen Stellungnahme: »Wir sind gewaltfrei in den Fliegerhorst Büchel eingedrungen, um die Atomwaffen, die hier gelagert werden, anzuprangern. Wir bitten Deutschland, entweder die Waffen unschädlich zu machen oder sie in die USA zurückzuschicken, damit sie dort aberüstet werden.« Nach einer weiteren Stunde, in der man sie durchsuchte und fotografierte, wurden die fünf wieder entlassen.

Die Aktivist\*innen aus den USA kamen auch nach Büchel, um über das »Modernisierungs«-Vorhaben der B61-Bombe aufzuklären, das real eine nukleare Aufrüstung darstellt. Ralph Hutchison aus Oak Ridge Tennessee, wo der neue thermonukleare Kern für die »B61-Model 12«-Bombe hergestellt wird, betonte, es sei wichtig, deutlich zu machen, dass es sich hier um eine globale Bewegung handelt. Der Widerstand gegen Atomwaffen beschränke sich nicht auf die USA. Das neue B61-12 Programm wird über 12 Milliarden US-Dollar kosten, und sobald die Herstellung irgendwann nach 2020 beginnt, soll Büchel frühestens ab 2024 neue Atombomben erhalten.

Diese Go-In Aktion löste eine Pressewelle über die Sicherheit der in Büchel stationierten Atombomben aus. Sie endete vorerst damit, den Aktivist\*innen die Verantwortung für einen neuen Sicherheitszaun zuzuschreiben, der 2018 für 18 Millionen Euro gebaut werden soll. Nicht nur, dass dieser Zaunbau bereits vorher feststand – tatsächlich wird unsere Sicherheit allerdings durch die Existenz dieser Atombomben gefährdet. Aktivist\*innen in Großbritannien haben bereits des öfteren bewiesen, wie leicht auch diese Hochsicherheitszäune überwunden werden können. »Der Glaube an die nukleare Abschreckung ist eine Fiktion, und auch der Glaube daran, Atomwaffen sicher lagern zu können«, erklärte US-Aktivist John LaForge.

Mein Fazit als Mitwirkende des Kampagnenrates der Kampagne »Büchel ist überall – atomwaffenfrei, jetzt!« lautet: Wir müssen noch mehr Druck auf unsere Regierung für den endgültigen Abzug der Atombomben aufbauen, auch um die geplante Atombombenmodernisierung hier und international zu verhindern! Und Deutschland muss dem UN-Verbotsvertrag beitreten!

Marion Küpker ist Internationale Koordinatorin gegen Atomwaffen der DFG-VK

Eine Selbstverpflichtungs- und Solidaritätserklärung findet sich auf:

[www.buechel-atombombenfrei.de](http://www.buechel-atombombenfrei.de)

GRAPHIC NOVEL

## Kleine Geschichte der Kriegsgegnerschaft

ARIANE DETTLOFF, REDAKTION KÖLN

Kein dicker Schinken – jugendtauglich kurz und amüsant präsentiert sich dieser Geschichts-Comic. Zwei heutige junge Antimilitarist\*innen (deutlich anarchistisch geprägt) kommentieren historische Ereignisse und Persönlichkeiten, die Findus und Michael Schulze von Glaßer einprägsam darstellen. So bemerkt Lilly gegenüber einer Friedensfrau der älteren Generation: »Ich bin ja selber gegen Krieg! Aber gerade deswegen kann ich nicht für diesen Frieden sein, der auf Gewalt beruht und permanent Gründe für Krieg liefert!« Wir begegnen im Lauf dieser Story wunderbar gezeichneten Promis der Geschichte wie Bertha von Suttner, Karl Marx, Kurt Tucholsky, Albert Einstein, Erich Mühsam und Carl von Ossietzky. Deren Positionen werden durch Originalzitate in Sprechblasen knapp charakterisiert. So äußert etwa der Pazifist Ossietzky: »Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte.«

Zum Schluss der vergnüglichen alternativen Geschichtslektion eilen alte und junge Friedenskämpfer\*innen gemeinsam zum Die-In vor einem Bundeswehr-Propaganda-Stand.



▲ Kurt Tucholsky

Foto: Findus

Die Comic-Figuren dieses Contraste-Schwerpunkts entstammen dem auch für Oldies lesens- und anschauenwerten Büchlein. Sie wurden uns von Findus gespendet – herzlichen Dank!

Findus/Michael Schulze von Glaßer: Kleine Geschichte der Kriegsgegnerschaft. Friedensbewegung und Antimilitarismus in Deutschland von 1800 bis heute. Münster 2016, Unrast Verlag. 80 Seiten, 9,80 Euro

ANZEIGE

**Der Kaffee für den täglichen Aufstand!**

**Zapatistischer Kaffee & Espresso**  
Solidarischer Handel mit aufständischen indigenen Gemeinden in Chiapas - Mexiko

**Café Libertad Kollektiv eG**  
Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg  
Telefon: 040-20906892 \* Fax: -93  
[www.cafe-libertad.de](http://www.cafe-libertad.de) \* [cafe-libertad@gmx.de](mailto:cafe-libertad@gmx.de)



## VON ANTIMILITARISTISCHEN EINHÖRNERN UND DEM RITT AUF DER ATOMBOMBE

# Unicorns against Uniforms



**Kleine kreative Aktionen statt Großdemonstrationen: Friedensgruppen gehen mit immer moderneren Aktionsformen gegen Krieg und Militär vor. Doch noch gibt es Nachholbedarf.**

VON MICHAEL SCHULZE VON GLÄSER, KÖLN

Die »Karriereberater« der Bundeswehr fantasierten nicht, als im Mai diesen Jahres im nordhessischen Baunatal gleich fünf bunte Einhörner vor den ausgestellten Panzern und ihrem »Karriere-Truck« auftauchten. Eigentlich wollte die Armee dort Nachwuchs werben, nun wurden sie

durch Aktivist\*innen in Kostümen der Fabelwesen gestört – die jungen Leute verteilten Aufkleber an Schüler\*innen, auf denen ein Einhorn zu sehen war, welches einen Regenbogen auf ein Eisernes Kreuz der Bundeswehr kotzt: »Bundeswehr? Zum Kotzen!« stand darauf. Die Aktion der »Unicorns against Uniforms« mag auf den ersten Blick lächerlich erscheinen, beim jungen Publikum kam sie aber an: Die Aufkleber wurden den Einhorn-Aktivist\*innen nahezu aus der Hand gerissen und es kamen interessante Gespräche zustande. Die Bundeswehr-Werber schauten dem Treiben argwöhnisch zu – die bunten Einhörner vor aller Augen wegzuschicken trauten sie sich anscheinend nicht und scheuten den Konflikt.

Ein anderer Ort, ein anderer Tag: Im Spätsommer 2017 verschärfte sich der Atomstreit zwischen Nordkorea und den USA. Beide Seiten drohten unverhohlen mit Krieg. Vor der nordkoreanischen Botschaft trafen sich umringt von Leuten in Strahlenschutzanzügen die Präsidenten beider Staaten für ein Armdrücken auf einer Atombombe – natürlich war auch dies nur eine Aktion von Friedensaktivist\*innen (vgl. Bild Seite 9). Mit einer (Styropor-)Atombombe in Originalgröße, hochgehaltenen Transparenzen mit dem Spruch »Die Waffen nieder!« auf deutsch, koreanisch und englisch sowie den Masken des nordkoreanischen Machthabers Kim Jong-Un und des US-Präsidenten Donald Trump wurde der politische Konflikt symbolisch als Aktion ausgetragen. Nach der Vorführung vor der nordkoreanischen Botschaft wurde die Aktion für eine atomwaffenfreie Welt auch noch

einmal vor der US-Botschaft am Brandenburger Tor durchgeführt.

Beide Aktionen haben vieles gemeinsam: Sie sind kreativ und vor allem zielgruppen- und zeitgerecht. Einhörner liegen bei jungen Leuten momentan im Trend und der Atomkonflikt zwischen Nordkorea und den USA kochte im September hoch, bot für die deutschen Medien bis dato aber nur wenig Bilder. Und so bekamen beide ungewöhnlichen Aktionen auch nicht nur vor Ort viel Aufmerksamkeit, sondern auch medial: Die Einhorn-Aktion war am Folgetag im »Mittagsmagazin« der ARD zu sehen, die Atombomben-Aktion im ZDF-Magazin »aspekte« sowie Fotos in der Süddeutschen Zeitung und im britischen Guardian – dazu auch inhaltliche Statements der Aktivist\*innen. Und dies waren nur zwei Beispiele für erfolgreiche kriegs- und militärkritische Aktionen der letzten Zeit – sie sind als Teil der Friedensbewegung jedoch durchaus außergewöhnlich.

Denn noch überwiegen »traditionelle« Aktionsformen: Von thematischen Infoständen über Kundgebungen mit Redebeiträgen bis zu »Latschdemos«. Diese Formate sind durchaus etabliert und gerade zu traditionellen Terminen etwa an Ostern oder zum Antikriegstag/Weltfriedenstag wichtig. Sie müssen für eine erfolgreiche Politikvermittlung auf der Straße und in den Medien aber durch kreative Aktionen ergänzt werden – auch um junge Leute zu gewinnen. Momentan sind sie ein gutes Instrument: Mit vergleichsweise geringem Aufwand kann viel Aufmerksamkeit generiert werden. Allerdings braucht es dafür

eine hohe Flexibilität: Wenn ein Thema brennt, müssen Aktionsideen schon in der Schublade liegen und Ressourcen sowie Aktive schnell bereit sein. Das bedeutet auch einen gewissen Grad an Professionalisierung: Es muss eine Handvoll motivierte »Vollzeit«-Aktivist\*innen geben, die dazu befähigt und ausgestattet sind, bundesweit innerhalb kürzester Zeit Aktionen zu organisieren und mit Aktiven vor Ort durchzuführen. Zudem müssen größere Friedensorganisationen und Netzwerke die örtlichen Gruppen bei solchen Aktionen materiell unterstützen.

Die »Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen« (DFG-VK), die auch für die hier beispielhaft aufgezeigten Aktionen verantwortlich war, versucht all dies seit einigen Jahren zu realisieren: Gruppen können sich Aktionssets zu verschiedenen sicherheitspolitischen Themen ausleihen, professionell arbeitende Aktive organisieren bundesweit Aktionen, und im Frühjahr wurde ein Fahrzeug angeschafft, um die Aktions-Logistik stemmen zu können. Doch noch ist viel zu tun: Es gilt, die Aktionen und Inhaltsvermittlung der aktuellen Zeit anzupassen. Dabei sind einige Friedensgruppen auf einem guten Weg und schaffen es dadurch, im politischen Diskurs nicht unterzugehen und ganz im Gegenteil sogar junge Menschen zu begeistern. Es sind aber noch große Schritte zu gehen!

**Michael Schulze von Glaßer ist stellvertretender politischer Geschäftsführer bei der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) sowie Beirat der Informationsstelle Militarisierung.**

## INTERVIEW MIT JÜRGEN GRÄSSLIN, FREIBURG

# Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!

DIE FRAGEN STELLTE ARIANE DETTLOFF,  
CONTRASTE-REDAKTION KÖLN

**Hallo Jürgen, worum geht es bei der Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel?**

Das Ziel der Kampagne ist es, Rüstungsexporte zumindest zu reduzieren und möglichst völlig zu stoppen. Rüstungsexporte sind der tödlichste Bereich in der Sicherheits- und Außenpolitik. Es geht um Menschenleben! Wir streben an, ein grundsätzliches Exportverbot im Grundgesetz zu verankern. Der Artikel 26,2 soll erweitert werden durch den Zusatz: »Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert.«

**Wir erleben ja aber gerade, dass die Bundesrepublik einen Spitzenplatz im weltweiten Waffenhandel einnimmt!?**

Ja, deutsche Waffen morden mit in aller Welt. Die letzte Bundesregierung hat die genehmigten Waffenausfuhren von 2013 bis 2017 weiter gesteigert. Sie rangiert auf Platz drei der Weltrangliste beim Export von Kleinwaffen und auf Platz fünf bei Großwaffensystemen. Das muss sich ändern.

**Was versteht man unter Kleinwaffen und was firmiert als Großwaffensystem?**

Sogenannte Kleinwaffen sind Pistolen und Gewehre, Maschinenpistolen und Maschinengewehre, Sturmgewehre und Scharfschützengewehre: Großwaffensysteme sind Kampfpanzer, Militärhelikopter, Kampfflugzeuge und Kriegsschiffe.

**»Kleinwaffen« fallen ja die meisten Menschen zum Opfer. Deren größter Hersteller ist die deutsche Firma Heckler & Koch. Sie produziert im Schwarzwald unter anderem das Sturmgewehr G36. Dieses Unternehmen steht besonders im Fokus der Aktion Aufschrei – warum?**

Heckler & Koch hat seit 50 Jahren rund um den Globus hemmungslos und skrupellos Kriegswaffen geliefert. Würde man eine Weltkarte zeichnen und markieren, wo H&K-Waffen nicht im Einsatz sind, dann gäbe es zwei weiße Flecken: die ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten (sie

sind überflutet mit »Kalaschnikows«) und die Antarktis. Alle übrigen Länder besitzen über legale oder illegale Lieferungen oder als Beutewaffen H&K-Waffen. Dieses Unternehmen ist wie kein anderes verantwortlich für das Morden mit deutschen Waffen in aller Welt.

**Du hast zusammen mit der Aktion Aufschrei und dem Rüstungs-Informationsbüro, dessen Vorsitzender du auch bist, gegen Heckler & Koch Strafanzeigen erstattet wegen des dringenden Tatverdachts illegaler Waffentransfers in verbotene Unruheprovinzen Mexikos – mit welchem Erfolg?**

Bis heute werden diese Prozesse von der Staatsanwaltschaft Stuttgart durch Nichtermittlung verschleppt. Dass sie mit Verurteilungen zu Haftstrafen enden werden, dessen bin ich mir sicher, denn wir können die Straftaten dank Whistleblowing aus dem Unternehmen heraus alle beweisen. Die Klage läuft schon seit 2010! Im Frühjahr 2018 sollen endlich die Verfahren gegen ehemalige Manager von H&K eröffnet werden.

**Jetzt hat H&K überraschend angekündigt, dass es Waffen nicht mehr nach Asien und Afrika ausführen will und auch keine Lizenzen mehr dorthin vergeben wird. Auch in die Türkei wollen sie nicht mehr exportieren, obwohl die ja Nato-Partner ist – ist das ein Ergebnis der vielen Proteste, die die Aktion Aufschrei veranstaltet hat?**

In der Tat haben wir mächtig Druck erzeugt – mit den Strafanzeigen, mit Büchern und Filmen bis hin zu Blockaden vor den Werkstätten. Die Ankündigung der Geschäftsleitung, ihren Waffenexport drastisch zu reduzieren, hat sicherlich auch mit unserer Kampagne zu tun. Wenn dieses Modell von H&K Schule macht – und wir sind jetzt dabei, es weltweit mit Hilfe befreundeter Journalisten zu lancieren –, wächst der Druck auf H&K, diese Strategie auch wirklich durchzuführen, und es wächst der Druck auf die gesamte Rüstungsindustrie, weltweit sich diesem Modell anzuschließen. Es gab jetzt bereits Artikel dazu in der Washington Post, im Guardian und in der Jerusalem Post.

**Was war denn deine persönliche Motivation, als du zusammen mit anderen Friedens-**



▲ Jürgen Grässlin im Einsatz für die Aktion Aufschrei

Foto: Herbert Sauerwein

**freund\*innen 2011 die Kampagne »Aufschrei! – Stoppt den Waffenhandel« gegründet hast?**

Es war meine Wut, zu sehen, wie deutsche Rüstungsfirmen – und zwar legal – Kriegswaffen an Diktatoren, autokratische und kriegführende Regime liefern. Wir haben uns dann mit 40 Vertreter\*innen von Friedens- und Menschenrechtsorganisationen sowie der Kirchen zusammengesetzt und die Kampagne ins Leben gerufen. Inzwischen gehören ihr 140 Gruppen und Organisationen an, und sie wächst noch weiter.

**Wie arbeitet die Kampagne, wie werden Entscheidungen getroffen?**

Das Aktionsbündnis »Aktion Aufschrei« ist dezentral organisiert. Die lokalen Gruppen arbeiten autonom. Der Trägerkreis besteht aus 16 Repräsentant\*innen von 16 Mitgliedsorganisationen, die sich alle zwei bis drei Monate treffen. Dort werden die Eckpfeiler und die Schwerpunkte der künftigen Arbeit festgelegt. Wir entscheiden nicht nach dem Mehrheitsprinzip, sondern solidarisch. Wir diskutieren so lange miteinander, bis wir schließlich einer Meinung sind.

**Was habt ihr zuletzt beschlossen?**

Zunächst, dass diese bisher sehr erfolgreiche Kampagne über 2017 hinaus fortgesetzt werden soll. Der weitere Plan ist, ein »Global Network to Stop the Arms Trade« ins Leben zu rufen. Damit können wir dann auch Ausweichmanövern wie dem des Eckernförder Waffenherstellers Sig Sauer begegnen, der nach einem gegen uns verlorenen Prozess wegen illegaler Waffenausfuhren nach Mexiko, seinen Rüstungssektor einfach in die USA verlegt hat. In Deutschland produziert das Unternehmen jetzt nur noch Sportwaffen. Was für eine Augenwischerei!

**Jürgen Grässlin ist Bundessprecher der DFG-VK und Sprecher der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!«**

**weitere Infos:**

[www.aufschrei-waffenhandel.de](http://www.aufschrei-waffenhandel.de)

**Dokumentarfilm »Vom Töten leben« von Wolfgang Landgraaber**  
**Dokumentarfilm »Tödliche Exporte – Wie das G36 nach Mexiko kam« von Daniel Harrich.**

**Jürgen Grässlin: Schwarzbuch Waffenhandel: Wie Deutschland am Krieg verdient, 2013**

**Daniel Harrich, Danuta Harrich-Zandberg und Jürgen Grässlin: Netzwerk des Todes: Die kriminellen Verflechtungen von Waffenindustrie und Behörden, 2015.**



STRÖMUNGEN DES PAZIFISMUS UND ANTIMILITARISMUS

# Denktraditionen und Lagerbildungen



▲ U35-Aktion der DFG-VK in Kassel Foto: DFG-VK

**Ofit wundern sich selbst Friedensbewegte über Konflikte in der Friedensbewegung: »Wozu Streit? Wir wollen doch alle das Gleiche.« Doch angesichts unterschiedlicher Prämissen sind Differenzen unvermeidlich.**

GERNOT LENNERT, DFG-VK HESSEN

Friedensbewegung bedeutet nicht Pazifismus. In friedensbewegten Bündnissen sind PazifistInnen oft die Minderheit. Auch der Pazifismus hat mehrere Wurzeln. Manche verwenden Pazifismus und Antimilitarismus synonym. Andere betonen:

»Ich bin Antimilitarist, aber kein Pazifist.« Pazifismus ist immer antimilitaristisch, Antimilitarismus ist nicht notwendigerweise pazifistisch. Friedensgesellschaften bildeten sich seit 1815. Der Begriff Pazifismus setzte sich ab 1901 durch. Er steht fürs aktive Engagement für Frieden, lateinisch: *pacem facere* (Frieden machen). Vor dem Ersten Weltkrieg waren drei Strömungen erkennbar, die bis heute politisch wirksam sind: Ein Beispiel für bürgerlichen oder organisatorischen Pazifismus oder Rechts-Pazifismus ist die vor 125 Jahren gegründete Deutsche Friedensgesellschaft. Der bürgerliche Pazifismus plädierte für Abrüstung und friedliche Konfliktlösung zwischen Staaten mittels Schiedsgerichten, internationaler Gerichtsbarkeit und internationaler Organisationen, wie später Völkerbund und UNO. Der bürgerliche Pazifismus stellte den Staat an sich nicht in Frage. Verteidigungskrieg, nationaler Befreiungskrieg und Zwang zum Kriegsdienst wurden akzeptiert, Kriegsdienstverweigerung abgelehnt. Eine Wurzel für den radikalen Pazifismus waren gewaltfreie christliche religiöse Gruppen in der frühen Neuzeit wie Mennoniten, Hutterer, Duchoborzen und Quäker. Die liberale politische Kultur der englischsprachigen Länder war ein Nährboden für Kriegsdienstverweigerung und Pazifismus. Radikal gewaltfreie Ansätze vertraten Tolstoj und Gandhi. Die 1921 gegründete War Resisters International ist überwiegend diesem Spektrum des Pazifismus zuzuordnen, beeinflusst auch vom anarchistischen Antimilitarismus. Der anarchistische Antimilitarismus sieht Staat und Kapitalismus als Kriegssachen, Militär als Fundament des Staates. Anarchosyndikalisten propagierten Kriegsdienstverweigerung, Verweigerung

der Rüstungsproduktion und gewaltfreie direkte Aktion: Die Waffen nieder, die Hämmer nieder! Der marxistische Antimilitarismus sah Militarismus als Instrument der kapitalistischen Klassenherrschaft und der imperialistischen Kriegspolitik. Karl Liebknecht lehnte Kriegsdienstverweigerung als utopisch ab. Eine Kontroverse darüber, abgedruckt 1988 in einem Sonderheft der Graswurzelrevolution, führte Liebknecht mit Domela Nieuwenhuis. Er bekannte sich zur »Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.« Für den bürgerlichen Pazifismus ist Krieg ein Störfaktor der Staatenwelt, die man grundsätzlich bejaht, inklusive Militär und Zwang zum Kriegsdienst. Für den radikal staatsablehnenden gewaltfreien Tolstoj waren Staat, Kirche und Gesellschaft zutiefst krank, der Militarismus ein Symptom einer tieferliegenden Krankheit. Die Forderung des organisatorischen Pazifismus nach internationalen Organisationen, die gegen Friedensbrecher vorgehen, widerspricht der Gewaltfreiheit, auch wenn Einsätze von Friedenstruppen als Polizeiaktion oder humanitäre Intervention gewertet werden. Bezüglich Kriegsdienstverweigerung befürworten die einen Ersatzdienst als Zwang für eine gute Sache, andere lehnen Beteiligung am Kriegsdienstsystem ab und sehen Zwangsverpflichtung als einen Akt freiheitsberaubender Gewalt. Seit dem Ersten Weltkrieg näherten sich, begleitet von heftigen Debatten, bürgerliche und radikale Strömungen des Pazifismus an. 1958-1974 schlossen sich mehrere Verbände schrittweise zur Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) zusammen, was ihren sperrigen Namen erklärt.

Aber auch 1982 waren die drei Grundströmungen nach Joachim Lange erkennbar. Die Friedensbewegung erschien als Bündnis. In seinem Aufsatz in »Frieden in Deutschland« fasst er es zusammen:

- »bürgerlichen Pazifisten, die das staatliche Gewalt- und Herrschaftsmonopol grundsätzlich akzeptieren, lediglich gegen die Auswüchse der Militärpolitik protestieren [...]
  - taktischen Pazifisten, die hier für Abrüstung eintreten und dort Wehrerziehung und die Ideologie des »gerechten Krieges« befürworten
  - radikalen Pazifisten, die ohne ideologische und taktisch-politische Scheuklappen Gewalt in jeder Form ablehnen [...]
- Die skizzierten Denktraditionen sind in der Friedensbewegung weiterhin vorhanden, selten sauberlich voneinander getrennt, sondern im Bewusstsein vieler Aktiver mehr oder weniger, meist unbewusst, miteinander verwoben. Kontroversen innerhalb der Friedensbewegung werden meist auch in der DFG-VK ausgetragen. Im Ost-West-Konflikt bestimmte die Haltung zum Sowjetblock die wichtigsten Kontroversen und Lagerbildungen in der Friedensbewegung. Seit 2014 ist das Verhältnis zu Russland ähnlich umstritten. Gleichzeitig warfen die als »neue Friedensbewegung« auftretenden Montagsmahnwachen die Frage auf, inwieweit Kräfte, die als politisch rechts eingestuft werden, als Teil der Friedensbewegung akzeptiert werden können. Es wird sich zeigen, ob sich hier dauerhaft eine neuartige Strömung der Friedensbewegung entwickelt.

Gernot Lennert ist Historiker und Politologe und arbeitet als Bildungsreferent des DFG-VK

## EIN NEUER MITSTREITER BERICHTET

# Stimmungsaufheller Friedensbewegung

**Nachdem die Mitgliederzahlen der DFG-VK-Gruppe Köln lange stagnierten, hat sie in jüngster Zeit wieder Zulauf. Einer der »Neuen« erzählt von seinen Erfahrungen.**

VON MARKUS FRÖHLICH, KÖLN

»Glauben Sie, dass Sie damit jetzt irgendetwas erreicht haben?« – »So unmittelbar nicht. « – »Warum machen Sie das dann? Das ist doch sinnlos.« – »Ich kann mir gar nichts Sinnvolleres vorstellen.«

Diesen Wortwechsel hatte ich am 27. März bei einer Blockadeaktion am Atomwaffenstandort Büchel mit einem Polizisten, und dieser Meinung bin ich noch immer.

Mein Name ist Markus Fröhlich, ich bin 43 Jahre alt und Lehrer am Abendgymnasium. Mitte 2016 bin ich in die DFG-VK eingetreten und habe seitdem viele Friedensbewegte kennengelernt und bei einer Reihe von Aktionen, Veranstaltungen und Demonstrationen mitgemacht.

Eine unmittelbare Wirkung, die dieses Engagement bei mir persönlich gezeitigt hat, ist eine deutliche Verbesserung meiner Stimmung. Ich fühle mich nämlich nicht mehr so allein mit meinem Frust. Er ist nicht weg, aber er ist deutlich erträglicher geworden, auch durch die Aktivität im Widerstand gegen die Militarisierung der Gesellschaft und die Kriegspolitik der Regierung und der Bundestagsmehrheit.

Büchel ist mir dabei besonders in Erinnerung geblieben. Dort habe ich an meiner ersten Blockade teilgenommen. Wir haben früh morgens die Zufahrten zum Fliegerhorst mit Sitzblockaden gesperrt; am Haupttor entstand ein Stau und am Seitentor, wo ich saß, mussten die ankommenden Soldaten und Bediensteten wieder umdrehen. Als uns zwei Polizisten dabei aufhalten wollten, unseren Platz einzunehmen, haben wir sie einfach ignoriert. Ich war zu allem bereit, aber geräumt wurden wir nicht. Das geschah stattdessen mit den JunepA-Leuten (Aktivist\*innen des Jugendnetzwerks für politische Aktion) am Haupttor, wie ich beinahe enttäuscht hören musste.

Bei einer anschließenden spontanen und unangemeldeten Demonstration der Blockadeteilnehmer wurden noch einige junge Landespolizisten an uns als Anwendungsbeispiel im Einkesseln und Aufnehmen von Personalien ausgebildet und ich bin mit meinem ersten Platzverweis nach Hause gegangen. Es hat sich gut angefühlt, einen – wenn auch kleinen – Beitrag zur Delegitimierung der US-Atomwaffen an diesem Bundeswehr-Standort geleistet zu haben.

Außerdem haben die politischen Bildungs- und Informationsveranstaltungen der Friedensbewegung einen nachhaltigen, positiven Eindruck bei mir hinterlassen. Einer der Höhepunkte war etwa ein Vortragsabend zum Syrienkrieg, veranstaltet vom Kölner Friedensforum, zu dem auch die DFG-VK Gruppe Köln gehört. Dort sprachen die Journalistin Karin Leukefeld und der Völkerrechtler Norman Paech. Frau Leukefeld erinnerte die Zuhörer daran, was echter Qualitätsjournalismus ist und berichtete von persönlichen Recherchen in dem Land, das Schauplatz eines brutalen Stellvertreterkrieges ist. Sie präsentierte Informationen aus vielen

unterschiedlichen Quellen und lieferte realistische, rationale Analysen, ohne aus den Augen zu verlieren, dass es hier um das Schicksal lebender, leidender Menschen geht. Norman Paech zeigte auf, dass die Angriffe der NATO auf Syrien nach dem Völkerrecht als illegaler Angriffskrieg gewertet werden müssen, was ein entsprechendes Licht auf die Beteiligung der Bundeswehr an der Luftaufklärung (soll heißen: Zielauswahl für Bomben) wirft. Wenn man sich anschaut, wer in den öffentlich-rechtlichen Kanälen so alles als »Experte« geladen wird und in welchem armseligen Zustand sich die angeblichen »Qualitätsmedien« befinden, wird man erleichtert sein, dass es solche Lichtgestalten wie die beiden gibt.

Zusammenfassend kann ich nur jedem empfehlen, sich für den Frieden zu engagieren, auch wenn es sich um eine Sisyphos-Arbeit handelt, und zwar aus drei einfachen Gründen: 1. Sie macht Freude und ist sinnstiftend. 2. Alles Große hat irgendwann einmal klein angefangen. 3. Sie muss getan werden!

## KONGRESS DER PAZIFIST\*INNEN IN BERLIN

# Zeit für Aufbruch!

**Der Bundeskongress (Buko) als wichtigstes demokratisches Organ der DFG-VK steht an! Dieses Jahr findet er als Jubiläumskongress zu 125 Jahre DFG(-VK) (fast) am historischen Ort der Gründung des ältesten deutschen Friedensvereins in Berlin statt. Vom 10.-12. November 2017 wird dann diskutiert und um Argumente gerungen,**

**aber es werden auch die Gläser auf den Frieden und das Erreichte gehoben – manchmal gar nicht so einfach, wenn anderorts mit dem Atomkrieg gedroht wird, die Bundeswehr in weit mehr als einem Dutzend Länder eingesetzt ist und Rechte in die Parlamente einziehen.**

THOMAS MICKAN, DFG-VK

Der Kongress soll die aktuellen Herausforderungen und einen Aufbruch in die Zukunft in den Fokus nehmen. Politisch soll es zugehen unter den stimmberechtigten Delegierten und den Gästen. Die erwarteten rund 100 Delegierten und Gäste werden das Anliegen des Kongresses auch mindestens zweimal auf die Straße bringen. Am Freitag wird sich am tatsächlichen Ort der Gründung aufgewärmt, in dessen Nähe sich

heute neben der nordkoreanischen Botschaft auch Kriegsdenkmal befinden. Ihnen soll ein Denkmal für die vielen unbekanntenen Pazifist\_innen und Antimilitarist\_innen gegenübergestellt werden, die für ihre Vision manchmal sogar mit ihrem Leben zahlen mussten. Am Sonntag geht es mit der Abschlussresolution und einer bunten Aktion vor den Bendlerblock, um der Bundeswehr am Verteidigungsministerium pünktlich auch zu deren Geburtstag unsere Forderungen zu überbringen.

Als besondere Teilnehmende sind die streitbare Pazifistin Margot Käßmann, die immer wieder »Mehr Fantasie für den Frieden« fordert, sowie Semih Sapmaz als internationaler Vertreter der War Resisters International (WRI), einer weltweiten Dachorganisation für den Frieden, geladen. Semih Sapmaz setzt sich insbesondere

gegen die Militarisierung der Jugend ein. Dies ist ein Thema, dem sich auch die DFG-VK in Zukunft noch viel stärker widmen wird – bei inzwischen fast 2.000 Minderjährigen, die die Bundeswehr jährlich mit vielen Millionen Euro Werbeetat anwirbt. »Unter-18 nie« ist daher eine Forderung, die 2018 endlich Wirklichkeit werden soll.

Für eine Kultur des Friedens gibt es HipHop, einen Kinderchor sowie klassische Musik auf die Ohren. Diese musikalische zeichnet auch die politische Vielfalt beim Buko aus, in dem sich Menschen mit ihren verschiedenen politischen Biographien für eine Welt ohne Militär als Vision, aber zugleich für viele konkrete politische Forderungen wie Unter-18 nie einsetzen.

Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus – 125 Jahre DFG(-VK) – Es ist Zeit für Aufbruch!

### ANZEIGE

Schreit auf!  
Gegen sexualisierte Gewalt  
Außerdem: Katastrophen im Jemen |  
Aufstand in Venezuela | Geschichte  
der Sklaverei  
12 Seiten, € 1,30 www.iz3w.org  
IZ3W • Zeitschrift zwischen Nord und Süd

VERDEN: MODELLPROJEKT MIT BAUSTROHBALLEN

## Klimaneutral wohnen - ein Leben lang

Das Thema Nachhaltigkeit im Bauwesen gewinnt immer mehr an Bedeutung. Verschiedene Zertifizierungssysteme bewerten die ökologische, soziale und ökonomische Qualität von Gebäuden. Eine Methode zur Gesamtkobilanzierung fehlt in Deutschland jedoch bisher. Bei einem Modellprojekt in Verden rechnete der Architekt vor, dass das Holz-/Strohhaus in den ersten 80 Jahren seiner Nutzung klimaneutral ist.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTT GART

Obwohl derzeit etwa 50 Prozent der weltweiten Ressourceneinsätze für die Erstellung von Gebäuden und das Wohnen benötigt werden, spielt der Baubereich in Klimadiskussionen keine zentrale Rolle. Möglicherweise liegt dies an der durch die von Großkonzernen dominierte Energiedebatte oder aber schlicht an einem fehlenden umfassenden Bewertungssystem für ökologisches Bauen. Denn bisher haben sich in Deutschland lediglich komplizierte und teure Zertifizierungssysteme wie beispielsweise das DGNB-Siegel der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen etabliert, wie Ulrich Steinmeyer kritisiert.

Er ist Vorstand von Ökoplus, dem Branchenverband der Naturbaustoffhändler, und stellt fest: »Wer etwas über die ökologische Qualität von Gebäuden erfahren will, wird mit der Gesamtbewertung nach DGNB nicht viel anfangen können.« Denn dort würden vor allem die technischen, sozialen und wirtschaftlichen Eigenschaften der Gebäude überwiegen. Ein System der umfassenden Ökobilanzierung mit Berücksichtigung aller Lebenszyklen, wie es beispielsweise in der Schweiz eingeführt sei, fehle bisher in Deutschland.

### Holzkonstruktion und Strohbällen-Dämmung

Doch Ökoplus und Steinmeyer wollten nicht bei der Kritik stehen blei-



▲ Geringe Transportkosten: Anlieferung der Baustrohbälle, die zur Dämmung der Außenwand zwischen die tragende Holzkonstruktion eingefügt werden

Foto: U. Steinmeyer

ben, sondern begannen mit eigenen Berechnungen zur Ökobilanz anhand eines konkreten Beispiels – nämlich dem Bau eines kleinen Mehrfamilienhauses mit zwei Vollgeschossen in der niedersächsischen Kleinstadt Verden unweit des dortigen Ökozentrums. Das Wohnhaus mit sechs Wohnungen wurde in Holz-/Strohbauweise errichtet und sollte sowohl bei der Gebäudeerstellung als auch in der Nutzungsphase zu einem möglichst niedrigen Energieverbrauch führen.

Die Bauherren wählten aus energetischen und aus Kostengründen einen kompakten Baukörper mit einem Satteldach mit möglichst weitem Dachüberstand. Die lange Seite des Gebäudes zeigt dabei nach Süd-Südost, was eine gute Nutzung der Sonnenenergie

für die Photovoltaik-Anlage und der direkten Sonneneinstrahlung in die Zimmer ermöglicht. Beim ökologischen Konzept wurde darauf geachtet, dass das Gebäude möglichst gut gedämmt ist und dass Wärmebrücken vermieden werden.

Die Gebäudehülle wurde durch eine tragende Holzkonstruktion erstellt, deren Zwischenräume mit zertifizierten »Baustrohbällen« gedämmt sind. Diese Konstruktion ermöglichte mit 0,16 W/m<sup>2</sup>K einen sehr guten Dämmwert für die Außenwände.

Das energetische Gesamtkonzept basiert auch darauf, die notwendige Restenergie für die dauerhafte Nutzung des Gebäudes selbst zu erzeugen oder über regenerative Energieträger dem Gebäude zuzufüh-

ren. Konkret sind das eine Photovoltaikanlage und Solarwärme auf dem Dach sowie ein lokales Nahwärmenetz für Wärme und Strom mit zwei Nachbarhäusern.

### Vergleichende Bilanzierung

Um mit einer Ökobilanz die Unterschiede verschiedener Bauweisen und Nutzungskonzepte deutlich zu machen, wählte der Architekt Dirk Scharmer als rechnerischen Vergleich zum Holz-/Strohgebäude ein regionaltypisches Haus gleicher Größe und Form in Klinkerbauweise – einmal mit einem Gebäude mit gleicher Gebäudetechnik und zum Anderen mit einem Gebäude mit konventioneller Haustechnik.

Er verwendete für seine Berechnungen die offiziell zur Verfügung stehende »Ökobaudat«-Datenbank als Basis über einen Nutzungszeitraum von 50 Jahren. Dabei bilanzierte er die Herstellungsphase und die Nutzungsphase, also den Aufwand für die Herstellung und Instandhaltung sowie den Wärmebedarf der Bewohner mit Heizung und Warmwasser. Außerdem bezog er den Strombedarf und die Stromproduktion auf dem Gebäude mit ein.

Scharmers Berechnungen zum Treibhauspotenzial ergaben, dass das Strohhaus nach 50 Jahren bei Herstellung, Instandhaltung und Wärmeverbrauch insgesamt 15 Tonnen Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) emittiert haben wird. Bei der Stromproduktion und dem Stromverbrauch würden dagegen in demselben Zeitraum 38 Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart, weil mit der Photovoltaikanlage mehr Strom produziert als insgesamt verbraucht wird. Das bedeute, dass »das Gebäude in den ersten 80 Jahren klimaneutral« sei.

Verglichen mit einem konventionell errichteten Gebäude mit gleichem energetischen Standard und gleicher Haustechnik ergebe sich eine Differenz von etwa 220 Tonnen nach 50 Jahren Nutzung, die im Wesentlichen durch die unterschiedlichen Baustoffe verursacht werde. Denn das Holz-/Stroh-Gebäude verbrauche weniger als die Hälfte der nicht erneuerbaren Primärenergie im Vergleich zum konventionell errichteten Massivhaus. »Diese Differenz würde ausreichen, um damit mit einem 120 Gramm-PKW 45 mal um die Erde zu fahren«, hat Scharmer errechnet.

### Infos unter

Ausführender Beitrag des Autors zum Thema Ökobilanzierung mit dem Modellprojekt in Verden ist erschienen im aktuellen BUND-Jahrbuch »Ökologisch Bauen & Renovieren«, Okt. 2017, Hrsg. BUND Baden-Württemberg, 242 Seiten, 8,90 Euro

KOLUMBIEN: BERICHT DER HÜTERINNEN DER SAMEN DES LEBENS

## Saatgut sichern



▲ Auf einem Markt in Kolumbien tauschen die »Guardianes de Semillas de Vida« nicht nur Saatgut, sondern auch Wissen.

Foto: Guardianes de Semillas de Vida

Seit über drei Jahren arbeitet der »Saatgut-Förder-Kreis« von Longo mai eng mit der Bewegung »Guardianes de Semillas de Vida - HüterInnen der Samen des Lebens« in Kolumbien zusammen. In dem hier abgedruckten Brief berichtet Alba von ihren letzten Aktionen, aber auch von den Schwierigkeiten vor Ort.

ALBA, NARIÑO

Ich schreibe Euch aus Kolumbien, um über einige Neuigkeiten zu berichten. In der letzten Zeit sahen wir uns schwierigen Situationen gegenüber, die im Zusammenhang mit dem »Friedensvertrag« stehen, der unlängst von der Regierung und der FARC unterzeichnet wurde.

Zur Zeit kommt Druck von verschiedenen Seiten: viele der politischen Führungskräfte, Verteidiger der

Menschenrechte (sowie den natürlichen Ressourcen) wurden ermordet.

Andere sind gefährdet oder in Haft. Die Gebiete, die von der FARC-Guerilla verlassen wurden, werden von anderen bewaffneten Banden beansprucht. Angst und Unsicherheit sind in der allgemeinen Stimmung spürbar.

Wir engagieren uns, dass die Problematik des Saatguts zu einer Basis für den Aufbau des Friedens wird. Auch wenn es belanglos scheinen mag, das Thema Saatgut konnte gewisse soziale, politische und regierungsnahen Bewegungen, die sich für den Frieden einsetzen, beeinflussen. Wir wissen, dass uns schwierige Zeiten bevorstehen und sich das politische Klima ändern wird. Wir waren auch von der Überschwemmung in der Stadt Mocoa-Nariño, welche fälschlicherweise als »Naturkatastrophe« bezeichnet wurde, betroffen.

Die Bilder gingen um die Welt! Wir haben dort Mitsstreiter und Mittel mobilisiert, um Nothilfe zu leisten. Momentan besteht eine unserer wichtigsten Aufgaben darin, den Bauern Saatgut zur Verfügung zu stellen.

Die Arbeit mit dem Saatgut erfordert Kontinuität und wir kommen mit der Erhaltung des Saatguts (vor allem von Mais) gut voran. Wir setzen uns auch für den Schutz des Wassers sowie der landwirtschaftlichen Flächen als Gemeingut sowie für die

Samenproduktion, die Agro-Ökologie und vieles mehr ein. Aufklärungsarbeit mit Kindern, den zukünftigen Erben des Saatgutes, liegt uns besonders am Herzen.

Unsere Hauptaktivität ist die Erhöhung der Samenproduktion und die Steigerung der Lagerkapazität des Verteilerzentrums von Pasto. Die Maissamen konnten wir frei von gentechnischer Verschmutzung reproduzieren. Davon sind inzwischen 60 Kilogramm verschenkt und mehr als 300 Kilogramm verliehen worden.

Als Mitglied des Vertriebsnetzes »Freies Saatgut Kolumbien« haben wir uns auf nationaler Ebene für die Schaffung eines Observatoriums von Gentechnisch Veränderten Organismen (GVO) und das Tracking möglicher Kontaminationen der einheimischen Maissorten engagiert. Im Rahmen der Kampagne »Identisches Saatgut« verfolgen wir weiterhin die Entwicklung der Saatgutgesetzgebung, um die Freiheit der eigenen Samenproduktion zu garantieren.

In Nariño sind wir dabei ein, ein Referendum vorzubereiten, dass die Gemeinde von San Lorenzo zum gentechnischfreien Gebiet erklärt wird. An vielen öffentlichen Versammlungen informieren wir und sammeln Unterschriften.

Bei lokalen Radio- und Fernsehsendern werben wir für dieses Thema. In

diesem Sinne arbeiten wir auch mit der indigenen Verwaltung von Cauca zusammen. Wir möchten, dass dieses Projekt in ihre »Pläne des Lebens«. Welche sie alle sechs Jahre auswählen integriert wird.

Für all diese Aktivitäten brauchen wir dringend Unterstützung verschiedenster Art. Wir möchten uns bei dieser Gelegenheit bei allen Menschen bedanken, die uns seit einigen Jahren unterstützen.

Kontakt: [www.colombia-redsemillas.org](http://www.colombia-redsemillas.org)  
Zuerst veröffentlicht in Nachrichten aus Longo mai 124

### ANZEIGE

**Viva la autonomía!**

Solidarischer Handel mit Kaffee & Tee von zapatistischen Kooperativen und vom CRIC/Kolumbien

Espresso aus handwerklicher, kollektiver Trommelröstung

Kaffee Kollektiv Zapatista

Am Veringhof 11  
21107 Hamburg  
Tel: 040 - 28780015

Infos und Online-Shop:  
[www.aroma-zapatista.de](http://www.aroma-zapatista.de)

DENKMAL FÜR DEN ANARCHISTEN GUSTAV LANDAUER IN MÜNCHEN EWIGWEIHT

## Unscheinbare Opfer bringen



▲ Die neue Gustav Landauer Gedenkstätte auf dem Münchner Waldfriedhof

Foto: Leonard F. Seidl

84 Jahre nachdem das Denkmal des Anarchisten Gustav Landauer in München von den Nationalsozialisten zerstört wurde, weihten Sympathisanten eine neue Gedenkstätte auf dem Münchner Waldfriedhof ein.

LEONHARD F. SEIDL, MÜNCHEN

Inmitten der Bäume und Gräber des Münchner Waldfriedhofs lauschten rund 30 Besucher\*innen der Rede des Leiters des Stadtarchivs Dr. Stefan, bewacht von zwei Polizisten. Stefan berichtete von Landauers Rolle in der Münchner Räterepublik, in der er von Ministerpräsident Kurt Eisner als »Kultusminister« in das Parlament berufen wurde, um während der Revolution »durch rednerische Betätigung

an der Umbildung der Seelen« mitzuarbeiten. Eine Revolution, die unblutig vonstattengegangen war, also ganz im Sinne des Pazifisten Gustav Landauer. Landauer verabschiedete sich nach wenigen Tagen wieder aus seinem Amt, als Eisner, gedrängt von SPD-Mitgliedern, bereits eine Nationalversammlung und eine Wahl ausrief. Denn für Landauer bedeutete »Nationalversammlung«, dass die Revolution die Pferde ausspannt und in den Stall stellt. Ganz anderes tut not; und ich hoffe, ich werde durchsetzen, dass Bayern es tut und Wahlen zur Nationalversammlung vor der Schaffung eines neuen Geistes ablehnt«, schrieb er am 14. November 1918 in einem Brief an seinen Denkgefährten Martin Buber.

Für Landauer war die Revolution untrennbar verbunden mit einer Persönlichkeitsentwicklung des einzelnen Menschen als kontinuierlicher Prozess und nicht von oben oktroyiert oder ein einmaliges Ereignis. Der Kampf an der Barrikade war nie seines. Dafür forcierte er Gemeinschaftsprojekte ohne Privateigentum, in denen Produktionsmittel und Land allen gehörten. »Isolierte Individuen hat es gar nie gegeben; die Gesellschaft ist älter als der Mensch«, schreibt er dazu in »Die Revolution«. Er beteiligte sich an der Herausgabe literarischer und politischer Zeitschriften, wie »Der Sozialist« und engagierte sich kurz an der »Neuen Gemeinschaft«, in der ländliche Siedlungsprojekte realisiert werden sollten. Dort traf er unter anderem Else Lasker-Schüler, Martin Buber und Erich Mühsam. Mit beiden Letzteren unterhielt er regen Briefkontakt und gründete 1908 den »Sozialistischen Bund«.

Victor Fraenkl nannte ihn in seinem Nachruf 1919 einen Mann, »der nicht zum Geschlecht der Parteizwerg gehörte ... der Parteitafeln zerbrach, um aus ihren Trümmern Steine zum Menschheitsbau zu formen.« Auch darum beteiligte sich Landauer auf Bitten Eisners hin an der Räterepublik und »schritt jenen voran, die den Sozialismus nicht zur Glückseligkeitslehre einer Klasse einengen wollten.« Als Kritiker des Materialismus hielt er nichts von der Diktatur des Proletariats. Wie viele Anarchist\*innen, sah er die »Anwesenheit des Zieles in den Mitteln ... Freiheit kann man nicht mit unfreien Mitteln erpressen ...«, so der 2009 verstorbene Horst Stowasser. Landauer »wusste und verkündete, dass sie alle erlösungsbedürftig sind, der Arme und der Reiche, dass sie alle durch die Zerklüftung und Zerrissenheit leiden. Ihm galt einer nicht schon als edel, weil er arm, und nicht darum als schlecht, weil er reich war«, schrieb Fraenkl.

Der am 7. April 1870 in Karlsruhe geborene Gustav Landauer war Kind jüdischer, nicht religiöser Eltern. In Heidelberg, Berlin und Straßburg studierte er Germanistik und Philosophie. Sein Denken war zeit seines Lebens vielseitig beeinflusst, weiß der Herausgeber »Ausgewählter Schriften« Gustav Landauers Siegbert Wolf. Er war Mitinitiator des Landauer Denkmals und kuratierte die Landauer-Ausstellung »Der werdende Mensch«. Seit 2008 gibt er fein editiert, mit Vorworten, Anmerkungen und Personenregistern dessen

Bände im hessischen Verlag Edition AV heraus, kunstvoll illustriert von Uwe Rausch. Durchforstet man die Inhaltsverzeichnisse der »Schriften«, scheint es, als sei Landauer mit nahezu allen libertären und anderen Geistesgrößen jener Zeit in Verbindung gestanden und um die ganze Welt gereist. In Band eins »Internationalismus« widmet er sich treffenderweise u. a. Albanien, Bulgarien und Marokko. Gedanken zur Psychoanalyse, dem Judentum, zu Mystikern wie Meister Eckhart sind in weiteren Bänden zu finden, zu denen »Antipolitik« oder »Philosophie und Judentum« zählen.

Interessanterweise sah Landauer die Ehe, im Gegensatz zu vielen seiner anarchistischen Genoss\*innen als Fundament, als essenziell für seine »föderativ vernetzte Gemeinschaftskonzeption« an, wie der Landauer-Experte Wolf schreibt. Landauer, der sich 1903 von seiner ersten Frau Margarethe Leuschner scheiden ließ, um im gleichen Jahr die Übersetzerin und Lyrikerin Hedwig Lachmann zu ehelichen, nannte sich selbstironisch einen »altmodischen Menschen«. Trotzdem beteiligte er sich wie selbstverständlich an der Hausarbeit, wie auch an der Erziehung seiner zwei Töchter Susanne und Brigitte. Was vor knapp hundert Jahren eine wahre Revolution darstellte. Und vor allem distanzierte er sich von den sexistischen Aussagen seiner Kollegen, Bakunin, Proudhon und Kropotkin, die in Politik, Forschung und Lehre keinen Platz für Frauen sahen.

Landauer beschäftigte sich mit Nietzsche und ganz besonders intensiv mit den Dramen William Shakespeares. Er kritisierte nicht nur die Marxist\*innen, sondern ging auch mit anderen hart ins Gericht, weshalb er von einigen nicht mehr als Genosse angesehen wurde. Seine Schrift »Aufbruch zum Sozialismus«, die er immer wieder in Reden von sich gab, fand ungemeinen Widerhall. Dann wird er verraten, verhaftet, in München Stadelheim eingesperrt. Einen Tag nach seiner Verhaftung wird er am 2. Mai 1919 von Freikorps-Soldaten brutal ermordet. Einzige Strafe für einen Täter ist ein Strafbefehl in Höhe von wenigen Hundert Mark. Nur durch Landauers großen Bewunderer- und Freundeskreis wird ihm erst einige Jahre später ein Denkmal zuteil. 1933 beschließt das Münchner Stadtparlament die Gräber »Marxistischer Revolutionä-

re« zu vernichten. Auch das Denkmal des Materialismus-Kritikers Landauer. Seine sterblichen Überreste samt Rechnung werden an die jüdische Gemeinde gesandt, die erst einmal die Annahme verweigert, weil in Landauers Akten stets von einem nichtgläubigen Menschen die Rede ist.

Vor zwei Jahren dann initiierten Wolf und Peter Kühn, Vorstandsmitglieder der Martin Buber-Gesellschaft, das Denkmal. Wolf ist positiv überrascht, dass der Ältestenrat es bereits nach zwei Jahren verwirklicht hat. »Auch der Kurt-Eisner-Verein beschäftigt sich derzeit ausführlich mit der Revolution«, so Julia Killet, die Regionalbüroleiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung Bayern »auch zur anarchistischen Bewegung.« Sie wurde allerdings nicht in die Veranstaltung eingebunden. Es macht fast den Anschein, als würde die Stadt München, die Ehrung dieses einzigartigen Revolutionärs für sich behalten wollen.

Wenig verwunderlich also, dass am Abend zur Landauer-Ausstellungseröffnung »Der werdende Mensch« in der Wagenburg »Stattpark-Olga« mehr Menschen gekommen sind. Gustav Landauer hätte es hier, an diesem Ort gelebeter Utopie, gefallen.

Landauer hat mit seinem Werk ganze Generationen freiheitlich denkender Menschen wie Walter Benjamin und Ernst Bloch beeinflusst. Und auch der Enkel des deutschlandweit bekannten Bibliothekars und Anarchosyndikalisten Fritz Oerter aus Fürth, der heute 90-jährige Alfred Hierer, berichtet: »Den Namen Landauer habe ich oft gehört.« Hierers Großvater schrieb nach Landauers Tod im »Syndikalist«: Der Unverstand, die Borniertheit siegt über den Geist - nein, nicht über den Geist, sondern über den Körper. Landauers Name und Verdienst wird leben und gelten, wenn von seinen Widersachern längst jede Spur verweht sein wird.«

Als Material für das Denkmal wählte der Bildhauer Markus Knittel Basalt, den er brutal spaltete, so wie Landauer ermordet wurde. Das blau verlaufene Glas soll die Lücke dazwischen füllen damit es noch »heller und verheißungsvoller seine Ideale in die Gegenwart trägt.« Es trägt Landauers berühmte Worte aus dem »Aufbruch zum Sozialismus«: Jetzt gilt es, noch Opfer anderer Art zu bringen, nicht heroische, sondern stille, unscheinbare Opfer, um für das rechte Leben ein Beispiel zu geben«

DER POLITISCHE KRIMI

## Eine Serie von Romanen Schweidlenka

Der Verlag Edition AV publiziert mit dem Kriminalroman »Der Tag dazwischen« von Sarah Endsee einen spannenden Thriller um russische Dissidenten, ihre Unterstützer und den russischen Inlandsgeheimdienst FSB.

FRIEDRIKE WESTERHOLT,  
KIRCHHAIN - KLEINSEELHEIM

Die deutsche Protagonistin Leonie gerät während der Teilnahme an einem Seminar in Kroatien in den Strudel der Ereignisse.

In dem heiteren Auftakt schildert die Autorin lebhaft das Land und die - wie die Autorin sagt, »von Dubrovnik inspirierte« - Stadt, ihr Alltagsleben, ihre Farben, Gerüche und Menschen und die eigene Erinnerung an eine dortige Liebesgeschichte Jahre zuvor.

Der auf einem zweiten Schauplatz in England bald eintretende Tod der Schachpartnerin eines englischen Kriminalkommissars trübt die Stimmung noch kaum, dann aber nehmen die Ereignisse auch in Kroatien eine tragische Wendung und mehrere anfänglich lose Handlungsstränge verweben und verdichten sich zunehmend.

Sprachlich prägnant und geschickt aufgebaut, setzt sich der Roman von Sarah Endsee zu einer politisch fundierten und hoch aktuellen Milieustudie zusammen. Spione, Verräter, macht- und geldgierige Opportunisten und ehrliche Überzeugungstäter auf beiden Seiten spielen an einem großen Schachbrett, das keiner von ihnen ganz zu überblicken scheint. Ihre Handlungen setzen sich nach und nach zu einem facettenreichen Bild zusammen, das

schwarz-weiß-Zeichnungen und einfache Schuldzuweisungen vermeidet. Bis zuletzt wissen weder der Leser noch die Protagonisten, wo gut und böse angesiedelt sind und wer in diesem grausamen Spiel Täter und wer Opfer ist.

In einer Zeit der diffusen Fronten bildet Sarah Endsee Gegensätze und Widersprüche dabei nicht nur zwischen, sondern auch im Inneren der Personen ab. Sie spiegeln sich in der inneren Zerrissenheit der Protagonisten: in der deutschen Soziologin und Immobilienmaklerin Leonie, in Steve, den private wie politische Widersprüche umtreiben, in der Österreicherin Milana und ihrer Familiengeschichte - und geben dem entstehenden Mosaik damit menschliche Tiefe.

Sarah Endsee »Der Tag dazwischen« Verlag Edition AV, 352 Seiten, 18,00 Euro



## WER IST BETRAUERBAR?



In »Recht auf Trauer« untersucht Francis Seeck, wie sich Machtverhältnisse auf Bestattungen auswirken. Für diejenigen, die bereits zu Lebzeiten ausgegrenzt wurden, gibt es im Tod keine persönliche Grabstätte, sondern Sozialbestattungen oder ordnungsbehördliche Bestattungen. Der die Autor\*in fragt »Wer kann betrauert werden? Und wer nicht? Entlang von Machtverhältnissen wie Klassismus, Ableismus und Heteronormativität wird auch nach dem Tod noch entschieden, wer mehr und wer weniger wert ist, betrauert zu werden.«

Das Buch basiert auf Studien von Francis Seeck für seine ihre Masterarbeit an der Berliner Humboldt Universität. Anlass war der Tod des eigenen Vaters, von dem er sie erst durch eine Rechnung über die Kosten der Bestattung in einem Urnengemeinschaftsgrab erfuhr. Alle persönlichen Gegenstände waren bereits entsorgt: »Mein Vater hat Gedichte und Geschichten geschrieben, Bilder gemalt und Platten gesammelt.« Durch das Buch ziehen sich Schmerz und Wut des der Autor\*in, dessen deren »engagierte Forschung ... sich von klassischen Vorstellungen einer neutralen, objektiven und emotionslosen Wissenschaft abgrenzt.«

Sorgfältig erklärt Francis Seeck Begriffe und Schreibweisen, die für manche Leser\*innen vielleicht ein wenig gewöhnungsbedürftig sein könnten. Trotzdem – oder vielleicht deshalb – gelingt ihr ihm ein flüssiger, berührender Schreibstil. Dazu tragen auch Gedichte bei, sowie Einblicke in persönliche Lebensgeschichten von Verstorbenen. Kurze Nachrufe, teils mit Fotos, machen den Vater von Francis Seeck und diejenigen, deren Bestattung im »Grab mit vielen Namen« der die Autor\*in beiwohnte, sichtbar, und geben denen, die von der Gesellschaft ausgesondert wurden, Namen, Gesicht und Geschichte. Das »Grab mit vielen Namen« ist eine Grabstätte einer Kirchengemeinde in Berlin-Kreuzberg, in der Ausgrenzte, vor allem alkoholabhängige Männer aus einem Wohnheim der Gemeinde, würdig beerdigt werden. Dies ist eins von mehreren Beispielen, an denen Francis Seeck zeigt, dass es auch solidarische Alternativen zu entwürdigenden Beerdigungen und widerständige »Interventionen für ein Recht auf Trauer« gibt.

Der die Autor\*in beschreibt genauestens den Ablauf ordnungsbehördlicher Bestattungen und die zugrundeliegenden Verwaltungsabläufe. So haben die Mitarbeiter\*innen der Verwaltung nur eine Woche Zeit, nach Angehörigen zu suchen, wenn arme oder obdachlose Menschen gestorben sind. Wenn Kühlkosten in einem Leichenschauhaus anfallen, muss es mitunter noch schneller gehen, um Geld zu sparen.

Das Buch weist auf Unsichtbares, bislang Tabuisiertes hin, und skizziert kämpferische Perspektiven, die Francis Seeck als Bestandteil solidarischer Care-Perspektiven versteht: Kollektive Sorge für den Umgang mit dem Tod, die sich der zunehmenden Individualisierung des Todes entgegen stellt.

Elisabeth Voß

## ROMAN ÜBER AUTONOME IN WESTBERLIN



Lotzer beschreibt in seinem Roman das Leben seines Alter Ego Paul in der autonomen Szene Westberlins zwischen 1980 und 1995. Paul, über den Lotzer stets in der dritten Person schreibt (» Paul holt sich noch ein Bier...«) ist in Berlin geboren und stößt als Schüler zur Hausbesetzerbewegung. Nach deren Zerfall beteiligt Paul sich an den weiteren Aktionen und Debatten der Autonomen. Das Buch ist in 45 Szenen unterteilt, die in zwei große Blöcke gegliedert sind: Der erste (»Nur Stämme werden überleben«) beschreibt die Zeit vor dem November 1989, der zweite (»Etwas Besseres als den Tod finden wir überall«) die danach.

Ein zu großer Teil des Textes besteht dabei aus leider auf die Dauer ermüdend wirkenden Schilderungen von Straßenmilitanz. Für die autonome Bewegung jenseits von Berlin ikonografische Ereignisse wie etwa der Überfall der Polizei auf den Brokdorf-Konvoi bei Kleve im Juni 1986 oder die Hafensstraße im Dezember 1986 kommen ebenfalls vor. Wichtige szeninterne Debatten, etwa der Fall Kaindl 1992/93, werden angeschnitten, es muss aber offen bleiben, ob sie ohne genauere Kenntnis von Texten heute verständlich sind. Unter <http://heinrichplatz.bahoebooks.net/> hat Lotzer (der laut Verlagswebsite eigentlich anders heißt, und, wenn er vermutlich Zeitzeuge ist, heute Mitte 50 sein dürfte) hilfreiche Text und Videodokumente zusammengestellt. Das Buch ist dort stark, wo Lotzer Unwissenheit und Unsicherheit zulässt, ja von Melancholie angesichts der eigenen »Niederlagen« und des gesellschaftlichen Trends postmoderner Individualisierung berichtet. Hier hätte wirklich Neues erzählt werden können. Oft gleiten diese Passagen dann aber in exotisierende Beschreibungen von Reisen nach Rom oder an die baskische Atlantikküste ab. Wie Paul seine nicht zuletzt durch politische Entwicklungen verursachten Krisen verarbeitet und dadurch dann seine politische Ethik und sein Engagement aufrechterhalten kann, wird nicht wirklich deutlich.

Zwei große, erst recht für das sich widerständig dünkende Leben konstitutive Bereiche fallen ebenfalls durch Abwesenheit auf: Da wäre zum einen die Ökonomie. Außer von einem relativ bequemen Job in Nachtschicht bei der Post zu Anfang der 1980er Jahre kommt die Einkommenssicherung jenseits von Ladendiebstahl nicht vor. Zweitens: Paul ist heterosexuell und außer einer wirren »Beziehung« zu einer Cora, über die die Leser\_innen kaum etwas erfahren, kommen Frauen im Roman im Grunde nicht vor. Freundschaften gibt es nur zu Männern; ob diese aber wirklich tragfähig und von Dauer sind, erschließt sich nicht.

In den Schilderungen der Straßenmilitanz und des Lebens in den besetzten Häusern ist das Buch stark, in der Zeichnung des Empfindens und der Motivation des Protagonisten in meinen Augen eher schwach. Der Roman ist aber eines der wenigen Beispiele, in denen das Leben in der radikalen Linken überhaupt literarisch verarbeitet wird, und schon alleine deswegen wichtig.

Bernd Hüttner

## PERSPEKTIVENWECHSEL



Die Kulturwissenschaftlerin Peet Thesing hat mit ihrer Einführung in das Thema »Feministische Psychiatriekritik« ein wertvolles Buch in die Debatte gebracht.

In sechs Kapiteln werden die Themen »psychische Krankheit«, Diagnosen, psychiatrische Zugriffe, patriarchale Verhältnisse, Recht auf Selbstbestimmung und Handlungsmöglichkeiten erörtert. Wer ernst genommen werden will, muss sich vom »Verrückten« abgrenzen, so die Autorin. Die Pathologisierung von Wahrnehmung, Denken und Verhalten sei alltäglich. Es gibt nach Thesing verschiedene psychiatriekritische Positionen: zunächst die Normalisierung, dann eine, die sich vor allem gegen die Psychopharmaka-Industrie, Zwangsmaßnahmen und die Institution der Psychiatrie richtet. Eine dritte Position lehnt das Konzept »psychische Krankheit« ab, wobei es dort einen neoliberalen Zweig gibt, der annimmt, die Menschen seien nur zu faul um wieder »gesund« zu werden. Peet Thesing schreibt: »Der andere Zweig, und hier verorte ich dieses Buch, kritisiert ebenfalls das Konzept »psychische Krankheit«, aber aus anderen Gründen: weil damit grundlegende gesellschaftliche Probleme verdeckt werden. Dieser Zweig besteht auf dem Recht auf Wahnsinn ebenso wie auf politische Analysen der Gesellschaft.«

Thesing stellt fest: »Die Grenzziehung zwischen gesund und krank in Frage zu stellen, ist eine der wichtigsten Grundlagen von feministischer Psychiatriekritik.« Basis jeder Hilfe sei die Krankheitseinsicht. Selbstpathologisierungen würden aber dazu beitragen, die gesellschaftliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Der Alltag sei zunehmend mit psychologischem Denken durchdrungen, so die Autorin. Sie fordert dagegen einen Perspektivenwechsel, nämlich auf die gesellschaftskritische Perspektive. Peet Thesing schreibt: »Durch eine Verschiebung der Diskussion auf das mangelnde eigene Können (durch »psychische Krankheit«) verliert das Wollen an Bedeutung (...) Dabei liegt das emanzipatorische Potential doch eigentlich in der bewussten Verweigerung, sich den Verhältnissen unterzuordnen und in der Entscheidung, auch im Alltag Widerstand zu leisten.«

Als Alternativen benennt Thesing: die Abschaffung des psychiatrischen Zwangssystems, wobei Patient\_innenverfügungen und Willensbekundungen hilfreich seien, sowie betroffenenkontrollierte Projekte. Es braucht Orte des Rückzugs, Orte zum Ausbrechen. Ein wichtiger Schritt sei, Communitys zu schaffen. Auch ohne psychiatrische Diagnosen sollte es solidarische Unterstützung geben. Das Nicht-Wollen könnte politisch in den Vordergrund rücken. Vieles in dem Buch wurde von der Autorin nur kurz angerissen, trotzdem ist es eine gute Grundlage für viele spannende Diskussionen.

Anne Seeck

## WOHLSTAND AUF KOSTEN ANDERER



Das von einem Schreibkollektiv (siehe *contraste* 396) verfasste Dossier ist die zweite Publikation des oekom Verlags zum Thema imperiale Lebensweise innerhalb weniger Monate. Nach der von Brand/Wissen vorgelegten theoretischen Abhandlung (Rezension in *contraste* 396) bricht das Dossier das Konzept auf alltägliche Handlungen herunter. Es möchte »die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Missständen und beunruhigenden Tendenzen aufzeigen und untersuchen«, jedoch auch Auswege zu einem guten Leben für alle weisen.

Der Begriff der imperialen Lebensweise verweist darauf, dass es tief in unserem Alltag, in unserem Denken, in materiellen Infrastrukturen und in politischen Institutionen verankerte Praktiken sind, die verhindern, dass das weit verbreitete Wissen um die Auswirkungen unserer Handlungen auch zu einer entsprechenden sozial-ökologischen Transformation führt. Im ersten Abschnitt wird dieses Konzept erläutert und marktorientierte Lösungsansätze wie die Green Economy als nicht ausreichend verworfen.

Darauf folgt ein historischer Rückblick auf die Entstehung der imperialen Lebensweise seit dem Beginn des Kolonialismus im 16. Jahrhundert, der zeigt, wie wir heute alle in diese Zusammenhänge verstrickt sind, oft genug als Opfer und TäterInnen. In je einem Kapitel zu den Themenfeldern Digitalisierung, Sorgearbeit, Geld und Finanzen, Bildung und Wissen, Ernährung und Landwirtschaft und Mobilität wird untersucht, wie sich die imperiale Lebensweise in unseren Alltagshandlungen äußert und welche Faktoren sie stabilisieren. Dem Bereich Bildung und Wissenschaft kommt dabei besondere Bedeutung zu. Das Wissen, das an unseren Schulen und Universitäten gelehrt und in die ganze Welt exportiert wird, ist wesentlich für die Ausbreitung der imperialen Lebensweise verantwortlich. Ergänzt werden die Erläuterungen durch großflächige, farbige Grafiken und Infokästen. Die hochformatige Broschüre bekommt dadurch ein ansprechendes Aussehen und weckt Neugierde auf die Lektüre.

Am Ende jedes Kapitels werden Vorschläge für Alternativen und politisches Engagement gemacht. Das letzte Kapitel fasst noch einmal die Erkenntnisse aus allen Themenbereichen zusammen und fragt, wie zu einem guten Leben für alle zu kommen sei. Es wird untersucht, wo »Hebelpunkte und Strategien sichtbar sind, um die imperiale Lebensweise zu überwinden«. Ein Glossar und ausführliche Literaturhinweise ergänzen die geballte Ladung an Information. Zusätzlich wird nach jedem Kapitel auf die Webseite [aufkostenanderer.org](http://aufkostenanderer.org) mit weiteren Beispielen und Handlungsvorschlägen verwiesen, ebenso wie auf Initiativen, die sich mit den jeweiligen Themen beschäftigen. Insgesamt ein informatives Nachschlagewerk für Menschen, die sich in dem einen oder anderen Bereich für ein gutes Leben engagieren.

Brigitte Kratzwald

I.L.A. Kollektiv: *Auf Kosten anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert.* Oekom Verlag, München 2017, 128S., 19,95 Euro

## VON AUTOMATEN UND GORILLAS



Ute Wieners berichtet in ihrem zweiten Buch über die ersten zehn Jahre des Geländes der ehemaligen Schokoladenfabrik Sprengel in Hannover. Dieses wird im Sommer 1987 besetzt. In einem mehr als desolaten Zustand vorgefunden, werden Fensterscheiben eingesetzt und in Eigeninitiative das Notwendigste hergerichtet. Bald wohnen dort, wie heute noch, um die 50 Personen. Ursprünglich gibt es auf dem 16.000 Quadratmeter großen Gelände mehrere Gebäude, Ateliers, Kneipen und Werkstätten. Die Bewohner\*innen sind nach Häusern und nach Küchen organisiert, die dann auch schnell verschiedene, treffende Namen bekommen: Im Mittelbau wohnen die Trinkpunks, es gibt unter anderen eine Balkon- und eine Kaderküche (dort treffen sich die Polit-Kracks), oder die Frauenküche.

Die 1962 geborene Wieners möchte mit ihrem Buch ihre Geschichte, aus ihrer Perspektive und ihrer Wahrnehmung erzählen: Detailliert zeichnet sie verschiedene Paradiesvögel, Polit-Leute, Schnorrer und auch Soziopath\*innen und deren Verhalten nach. Der zweite Strang des Buches ist die politische Ebene: Verhandlungen mit der Stadt, Bündnispolitik im Stadtteil, Öffentlichkeitsarbeit und die Vorgänge um die Chaostage 1995 und 1996. In den ausführlich referierten Konflikten zwischen Autonomen und Punks (in der Bezeichnung der jeweiligen Gegenfraktion »Automaten« und »Gorillas«) nimmt sie eher eine Mittelbis vermittelnde Position ein - und sitzt so schnell zwischen allen Lagern.

»Normale« Linke, »normale« PunkerInnen oder »normale« Autonome, wenn so ein Begriff verwendet werden soll, scheint es dort seinerzeit wenige gegeben zu haben. Dafür aber umso mehr Alkohol und andere Drogen, Faustrecht, Sexismus, Mackertum und kaputte Typen, Müll, Drohungen und Angst. So stellt sich schnell selbst für mit linkem oder anarchistischem Gedankengut sympathisierende Leser\*innen die große Frage: Warum tut die Autorin sich solch ein Klima so lange an? Und ist es nicht eine Bankrotterklärung ersten Ranges, wenn Wieners, die bis heute auf dem Gelände lebt, bei einer Lesung erzählt, sie würde so eine Besetzung wegen der Konflikte mit der Polizei, der Stadtverwaltung oder Nazis jederzeit wieder machen. Wenn sie etwas davon abhalten würde, dann der Psychostress, dem sie durch die Binnenverhältnisse ausgesetzt war.

Das Buch ist sicher keine »packend und witzig erzählte Kultur- und Politikgeschichte der 1980er und 1990er Jahre«, wie der Verlag schreibt, das wäre ein zu hoher Anspruch. Es ist vielmehr eine subjektive Sicht auf einen Mikrokosmos und auf eine heute sehr schräg bis destruktiv wirkende Dynamik, die sich Bahn bricht, wenn Freiräume nicht mit von allen geteilten Verabredungen versehen werden.

»Zum Glück gab es Punk« heißt das erste, 2012 erschienene Buch von Wieners. Es endet ungefähr da, wo »Sprengel für alle« beginnt. Es wurde in *Contraste* vom März 2013 besprochen.

Bernd Hüttner

Ute Wieners: *Sprengel für alle. Autobiografische Erzählungen; Edition Region und Geschichte, Neustadt 2017, 302 S., 18,80 Euro, ISBN 978-3-930726-32-5; http://www.ute-wieners.de/*

Francis Seeck: *Recht auf Trauer. Bestattungen aus machtkritischer Perspektive; edition assemblage, Münster 2017, 109 Seiten, 9,80 Euro*

Sebastian Lotzer: *Begrabt mein Herz am Heinrichplatz; bahoe books, Wien 2017, 172 S., 14 Euro*

Peet Thesing, *Feministische Psychiatriekritik, unrast-Verlag, Münster 2017, 82 Seiten, 7,80 Euro*

# TERMINE

## RUSSISCHE REVOLUTION

**Demokratie & Sozialismus**  
10. - 11. November (Bern, CH)

Die Russischen Revolutionär\*innen waren 1917 mit dem Versprechen angetreten, die Emanzipation der Menschheit einen wesentlichen Schritt weiterzubringen. Jedoch war die stalinistische Despotie ein grauenvoller Rückschlag für alle Bemühungen, die Herrschaft des Menschen über den Menschen zu überwinden. Das Jahr 2017 soll und muss deshalb Anlass zu einer kritischen Aufarbeitung der Geschichte der Sowjetunion und deren Folgen sein. Wie und warum konnte sich der Stalinismus durchsetzen? Wie lassen sich Bürokratisierung, Meinungsterror und Despotie in Zukunft vermeiden, wie eine umfassende, substantielle »sozialistische« Demokratie verwirklichen? Ort: Hotel Bern, Zeughausgasse 9, 3011 Bern  
Info: [www.denknetz.ch](http://www.denknetz.ch)

## DEGROWTH

**Für den Wandel sorgen**  
17. - 19. November (Leipzig)

Unter dem Motto »Austausch, Vernetzung und Mitgestalten« veranstalten Care Revolution Leipzig und das Konzeptwerk Neue Ökonomie eine MitMachKonferenz zum Thema Sorge-Arbeit und Postwachstum. Tagtäglich verbringen wir viel Zeit damit, uns um andere zu kümmern; wir kochen, putzen, waschen, helfen bei den Hausaufgaben oder pflegen Angehörige. Trotzdem ist Sorgearbeit meist unsichtbar und gering wertgeschätzt. Das will geändert werden! Um die Gesellschaft le-

bensfreundlicher zu gestalten, müssen diese Sorge-Arbeiten ins Zentrum des Wirtschaftens gestellt werden. Gerechtere Verteilung. Unter fairen Bedingungen. Die Teilnehmer\*innen sind eingeladen sich verschiedenen Fragen und alternativen Konzepten rund um Sorgearbeit und Wirtschaft, mithilfe unterschiedlicher Formate wie Austauschcafé, Workshops, Podien, Film und Theater anzunähern.  
Ort: Odermannstraße 4 - 6, 04177 Leipzig  
Info: <https://www.degrowth.info/de/projekte/mitmachkonferenz-fuer-den-wandel-sorgen/>

## SOLI-PARTY

**Fiesta Rebelde**  
12. Oktober (Bremen)

Feiern für die Zapatistas, das Linke Zentrum und die Betroffenen der staatlichen Repression bei nach den G20-Protesten in Hamburg. Musik aus Lateinamerika und überall, für eine andere Welt von unten und links.  
Ort: Hinterhof, Corneliusstr. 108, Düsseldorf  
Info: [alertaduesseldorf.blogspot.de](http://alertaduesseldorf.blogspot.de)

## MEDIENKONGRESS

**Jenseits der »Lügenpresse« - Parolen Soziale Bewegungen und die Zukunft der Medienkritik**  
24. - 25. November (Berlin)

Das Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb) und die Linke Medienakademie (LiMA) laden Forschende, Medienaktivist\*innen und Journalist\*innen ein, um gemeinsam über Status Quo und Zukunft der Medienkritik zu diskutieren. Thematisch geht es um Fragen des Medienaktivismus und Möglichkeiten, sich jenseits von Verschwörungstheorien und Fake News medienkritisch zu positionieren. Dazu lädt das ipb am Freitag ab 14 Uhr in die Alte Kantine Wedding zu drei Diskussionsrunden ein. Die Linke Medienakademie bietet am Freitag Vormittag und Samstag Seminare zu den Themen Medienrecht, Hate Speech, Grafik und Rhetorik an. Einen besonderen inhaltlichen Impuls setzt am Samstagmorgen ein Podium über die Medienarbeit der Polizei vor dem Hintergrund ihrer Falschmeldungen wie im Rahmen von G20.  
Orte: Alte Kantine Wedding und Technische Universität Berlin  
Info: [www.linkemedienakademie.de](http://www.linkemedienakademie.de)  
[https://protestinstitut.eu/veranstaltungen\\_uberblick/jahrestagung-2017/](https://protestinstitut.eu/veranstaltungen_uberblick/jahrestagung-2017/)

**ÖKODORF**  
**Festival von und für Gemeinschaften**  
28. Dezember - 2. Januar (im Taunus / Gießen)

Das Rad nicht immer neu erfinden: Gesellschaftliche Weiterentwicklung kann es nur geben, wenn nicht jede(r) Einzelne oder jede Gemeinschaft mit dem Ausprobieren neuer Lebensweisen wieder von vorne anfängt. Darum lädt das ÖKODORF-Institut Gemeinschaften, Gründungsgruppen und alle am Gemeinschaftsleben Interessierten aus Nah und Fern ein, um sich auf dem Gemeinschaften-Festival über zum Teil 40jähriges und funktionierendes Gemeinschaftsleben und Arbeiten auszutauschen. Ne-

ben Workshops zu den verschiedensten Gemeinschaftsthemen wie Finanzierung, Rechtsformen, Kommunikation u.a. wird von den Veranstalter\*innen auch ein buntes Rahmenprogramm angeboten.  
Info: [oekodorf@gemeinschaften.de](mailto:oekodorf@gemeinschaften.de)

## ATTACADEMIE 2018

**Ökonomische Alternativen: Theorien, Konzepte und Transformationsperspektiven**  
Start: 12. Januar 2018 (Mühlhausen)  
Kursdauer: Januar - Oktober 2018 (Bundesweit)

Die Attacademie ist ein Fortbildungsangebot für überzeugte Aktivist\*innen und Menschen, die es werden wollen. In 6 Seminaren geht es darum, langfristig ökologisch tragbare, solidarische und demokratische Wirtschaftsweisen kennenzulernen und Projekte zu ihrer Verbreitung zu entwickeln. Dazu gehört auch, Fähigkeiten zu politischer Strategie und Kampagnenplanung zu stärken sowie notwendiges »Handwerkszeug« für Öffentlichkeits- und Pressearbeit, öffentliches Auftreten und Fundraising zu trainieren, um danach umso mutiger und erfahrener wirksame und sinnvolle politische Projekte anzupacken. Eingeladen sind Aktive aus verschiedenen Kontexten und jeden Alters, die sich für einen solidarischen, ökologischen Wandel einsetzen und Lust auf praxisnahes Lernen und Vernetzung haben.  
Begrenzte Teilnehmerzahl, Bewerbung bis 30.11.2017  
Kursleitung Karin Walther, Tel: 0176 10 20 55 43  
Anmeldung: [attacademie@attac.de](mailto:attacademie@attac.de)  
Info: [www.attac.de/attacademie](http://www.attac.de/attacademie)

# KLEINANZEIGEN

## THERAPEUTIN SUCHT STELLE

System. Therapeutin (DGSF) und Traumatherapeutin, 40 Jahre alt mit 3,5 Jahren Erfahrung als Führungskraft sucht eine neue Anstellung im therapeutischen Kontext oder Leitung einer Einrichtung am liebsten mit Menschen, die sich auf dem Weg in die Selbstorganisation (Laloux) befinden. Weitere Arbeitsfelder sind denkbar, da ich sehr vielseitig und kreativ bin, gut organisieren und gut mit Menschen umgehen kann.

Ideen bitte an [marion.weber@gmx.de](mailto:marion.weber@gmx.de)

## GESCHICHTE(N) BEWAHREN - EINER GENERATIONEN VERBINDENDEN PROJEKT:

Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.

[www.werkstatt-fuer-memoiren.de](http://www.werkstatt-fuer-memoiren.de)  
[arianedettloff\(at\)ina-koeln.org](mailto:arianedettloff(at)ina-koeln.org)  
Tel.: (02 21) 31 57 83

Die Mindestgröße von 5 Zeilen kostet 21 Euro (gewerblich) und 5 Euro (privat). Jede weitere Zeile kostet 2,60 Euro (gewerblich) und 1 Euro (privat). (Alle Preise zzgl. gesetzlicher Mehrwertsteuer)

## IMPRESSUM

### Monatszeitung für Selbstorganisation

Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5737

#### HERAUSGEBER

Contraste, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.  
Schönfelderstr. 41A  
34121 Kassel  
[info@contraste.org](mailto:info@contraste.org)  
[www.contraste.org](http://www.contraste.org)

#### ÖSTERREICH:

**GRAZ:**  
Brigitte Kratzwald  
☎0043-699 11 28 65 57  
[brigitte.kratzwald@commons.at](mailto:brigitte.kratzwald@commons.at)  
**KLAGENFURT:**  
Hans Wieser  
[hans.wieser@contraste.org](mailto:hans.wieser@contraste.org)

CONTRASTE wird von etwa 20 RedakteurInnen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Betriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das CONTRASTE-Büro in Kassel.

V.I.S.D.P.: Ulrike Kumpke

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/17

#### REDAKTIONEN

**BERLIN:**  
Christoph Chang  
[christoph.chang@riseup.net](mailto:christoph.chang@riseup.net)  
Karl-Heinz Bächstädt  
[karl-heinz.baechstaedt@contraste.org](mailto:karl-heinz.baechstaedt@contraste.org)  
Ulrike Kumpke  
[ulrike.kumpke@contraste.org](mailto:ulrike.kumpke@contraste.org)  
Ariane Dettloff  
c/o Netzwerk Selbsthilfe  
Gneisenastr.2a, 10961 Berlin

#### BREMEN:

Bernd Hüttner  
[bernd.huettner@contraste.org](mailto:bernd.huettner@contraste.org)

#### ELBSANDSTEINGEBIRGE:

Johannes Dietrich  
[johannes.dietrich@contraste.org](mailto:johannes.dietrich@contraste.org)

#### GÖTTINGEN:

Kai Böhne  
[kai.boehne@contraste.org](mailto:kai.boehne@contraste.org)

#### HAMBURG:

Hilmar Kunath  
☎(0 40) 39 90 41 96  
[hilmarkunath@web.de](mailto:hilmarkunath@web.de)

#### KASSEL:

Sabine Conti  
[info@sconti-projektberatung.de](mailto:info@sconti-projektberatung.de)

#### Regine Beyß

[regine.beyss@contraste.org](mailto:regine.beyss@contraste.org)

#### KÖLN/BONN:

Heinz Weinhausen  
☎(01 70) 58 38 900  
[heinz.weinhausen@contraste.org](mailto:heinz.weinhausen@contraste.org)

#### Ariane Dettloff

☎(02 21) 31 57 83  
[ariane.dettloff@contraste.org](mailto:ariane.dettloff@contraste.org)

#### SPROCKHÖVEL:

Uli Frank  
[ulifrank@unverdiend.de](mailto:ulifrank@unverdiend.de)

#### STUTTGART:

Peter Streiff  
☎(0 71 44) 33 22 56  
[peter.streiff@netz-bund.de](mailto:peter.streiff@netz-bund.de)

#### SPANIEN:

**MADRID:**  
Eva Sempere  
[layout@contraste.org](mailto:layout@contraste.org)

#### FACHREDAKTIONEN

**GENOSSENSCHAFTEN:**  
Burghard Fieger  
☎(07 61) 70 90 23  
[genossenschaften@t-online.de](mailto:genossenschaften@t-online.de)

#### KOMMUNEN/GEMEINSCHAFTEN:

Regine Beyß  
[genossenschaften@contraste.org](mailto:genossenschaften@contraste.org)

#### KLIMA/DEGROWTH

[klima@contraste.org](mailto:klima@contraste.org)

Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die AutorIn die Verantwortung. Eigenverlag: Alle Nachdruckrechte bleiben bei den AutorInnen.

#### HERSTELLUNG

CONTRASTE e.V.  
Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel

#### Bildredaktion:

Ulrike Kumpke und Eva Sempere  
Layout:  
Eva Sempere  
Druck:  
Freiburger Druck Gmbh und Co KG

#### IT-BETREUUNG

Vadim und Steffen, netz.koop eG  
<https://netz-coop.de>  
[webmaster@contraste.org](mailto:webmaster@contraste.org)

#### KONTAKT

Anfragen: [info@contraste.org](mailto:info@contraste.org)  
Abonnieren: [abos@contraste.org](mailto:abos@contraste.org)  
Redaktion: [redaktion@contraste.org](mailto:redaktion@contraste.org)  
Termine: [termine@contraste.org](mailto:termine@contraste.org)  
Verein: [vorstand@contraste.org](mailto:vorstand@contraste.org)  
Anzeigen: [anzeigen@contraste.org](mailto:anzeigen@contraste.org)  
Layout: [layout@contraste.org](mailto:layout@contraste.org)

#### facebook:

[www.facebook.com/contrastemonatszeitung](http://www.facebook.com/contrastemonatszeitung)  
twitter: [contraste.org](https://twitter.com/contraste.org)  
Mailingliste: <http://lists.contraste.org/sympa/info/contraste-liste>

## ANZEIGEN

**Kurdistan**  
1921 wurde Kurdistan zwischen der Türkei, Iran, Irak und Syrien aufgeteilt. Heute sind die Verhältnisse im Umbruch:  
Die Türkei gibt sich gerade eine neue Verfassung, mit dem Präsidenten als Alleinherrscher. Der Iran erlebt immer mehr Protest und Widerstand gegen die autoritäre Diktatur. Der Irak existiert als Staat zur Zeit faktisch nicht mehr. Das autonome Kurdistan strebt nach Selbstständigkeit. Syrien ist als Staat zusammengebrochen, mehr als 1200 Milizen ringen um die Macht. Eine der stärksten Milizen ist die kurdische YPG. Rojava ist faktisch selbstständig, aber täglich bedroht. Wie geht es weiter? Die Broschüre beschreibt die Situation der Kurdinnen und Kurden in den vier Ländern, unter denen sie nach dem Ersten Weltkrieg aufgeteilt wurden. Es geht auch ausführlich auf heikle Punkte ein, so die Spannungen zwischen den verschiedenen Parteien, Strömungen und Gebieten.  
Reinhard Pohl: **Kurdistan**  
2017, 48 Seiten, 2 Euro  
Online bestellen: [www.brd-dritte-welt.de](http://www.brd-dritte-welt.de)

**express**  
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

**Probexemplar gewünscht?**  
Einfach per mail oder web bestellen

Ausgabe 9-10/17 u.a.:

- »Verhaftet die Straße!« - Interview mit Meryem Çag über Gewerkschaften und Frauenbewegung unter der Herrschaft der AKP in der Türkei
- Autorenkollektiv der August Spies Gesellschaft e.V.: »August Spies und die »Chicagoer Idee«
- Bernd Gehrke, Willi Hajek, Renate Hürtgen: »Tagung »Ostwind« jagte einem Phantom nach?« - Zur Rolle und Spielräumen betrieblicher Praxis
- Richard Bužek und Alexandru Firus: »Care europäisch denken« - Wie die Fürsorge mit den Menschen auswandert - das Beispiel Rumänien
- Wolfgang Schaumburg: »Die Linke ohne die Leute?« - Ein Debattenbeitrag
- Anton Kobel: »Ein schlechter Erfolg?« - Fragen zur Kritik am Tarifabschluss Einzelhandel

**Niddastr. 64 · 60329 FRANKFURT**  
[express-afp@online.de](mailto:express-afp@online.de) · [www.express-afp.info](http://www.express-afp.info)

[www.jungewelt.de/jetzttaberabo](http://www.jungewelt.de/jetzttaberabo)

CLAUDIA aus Berlin:  
»In meinem Beruf ver helfe ich Patienten zu einem sicheren Standpunkt und einer geraden Haltung. In meinem Kopf sorgt dafür täglich die junge Welt.«

**Physiotherapeutin aus Berlin sucht Menschen mit Haltung #jetzttaberAbo**

**Die Tageszeitung junge Welt**  
GEGRÜNDET 1947 · DIENSTAG, 26. SEPTEMBER 2017 · NR. 224 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST ANZOG · ENTGELT BEZAHLT

**Grundrechte**  
2  
Kongress in Düsseldorf will Behindertenwille bei Protesten gegen G-20-Cop16 beleuchten. Interview

**Arbeitsrecht**  
5  
Textilwerke H&M verlegt Löhler ins Ausland, weil sich Beschäftigte gegen neue Bedingungen wehren

**Absicherung**  
7  
Russisches Verteidigungsministerium: 135-Sonderkräfte sichern in Syrien freien Abzug für IS

**Mangelw:**  
9  
Generalsp... glon le habber

**Brandstifter im Reichstag**  
Brandstiftungswahl 2017 pflegt politische Landschaft um. Klatsche für CDU/CSU  
Kraft: Von Stefan Huth